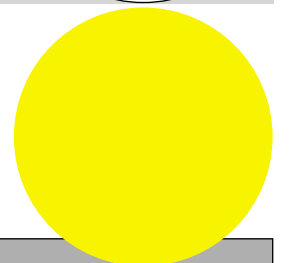
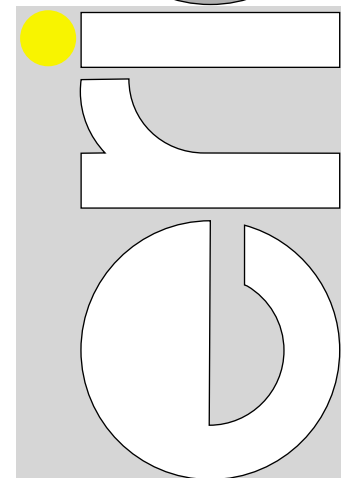
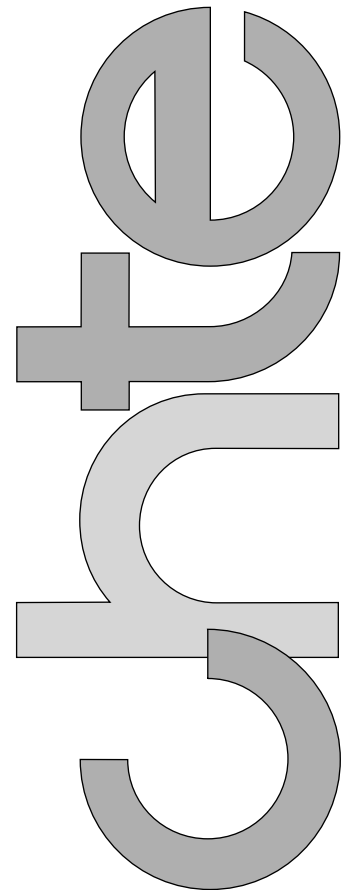
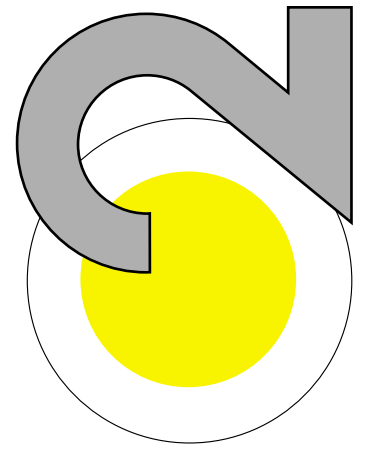




Deutsches Institut für Urbanistik



Informationen über Projekte, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Positionen des Difu

Inhalt:

- Standpunkt:
Keine Zeit für die Zeit 2
- Neue Medien und Stadtentwicklung:
Virtualisierung und Entstehung neuer Raummuster 4
- Erfolgsfaktoren des kommunalen E-Government:
Was bei der Gestaltung virtueller Rathäuser
zu beachten ist 7
- Raumzeitpolitik 10
- Seminarbegleitende Bibliographien 13
- Kommunale Gebäudewirtschaft im Veränderungs-
prozess 14
- Jugendhilfe und Soziale Stadtteilentwicklung 16
- Soziale Stadtteilentwicklung geht alle an! 18
- Energiemanagement in der Praxis: Dokumentation des
7. Deutschen Fachkongresses der kommunalen Energie-
beauftragten in Hamburg 21
- Wettbewerb Kommunale Suchtprävention:
Preisträger in Berlin ausgezeichnet 22
- Impressum 23
- Bestellschein 24

Standpunkt: Keine Zeit für die Zeit



Prof. Dr. Dietrich Henckel

Nach einer neuen Befragung des Instituts für Demoskopie Allensbach hat der Anteil derer, die sich gestresst fühlen, und derer, die den Eindruck haben, die Zeit verginge schnell, gegenüber 1993 leicht abgenommen. Trotzdem kann kein Zweifel bestehen, dass unsere Zeiten schnelllebig sind und sich in vielerlei Hinsicht ändern.

Nur einige Anhaltspunkte:

- Mit steigender Lebenserwartung dehnt sich die Lebenszeit aus, wobei die durch Arbeit und Ausbildung geprägten Anteile der Lebenszeit abnehmen.
- Die Arbeitszeiten befinden sich seit längerem in einem tief greifenden Wandel. Auch wenn man die Erosion des Normalarbeitsverhältnisses für eine Überzeichnung hält, so ist unbestritten, dass vor allem Arbeitsverhältnisse, die nicht durch Dauerhaftigkeit und Stabilität gekennzeichnet sind, zugenommen haben. Gleichzeitig finden die Ausdehnung von Betriebs- und Arbeitszeiten sowie die Flexibilisierung von Arbeitszeiten eine immer weitere Verbreitung.
- Zeitkonflikte nehmen in vielerlei Hinsicht zu. Angebotszeiten von öffentlichen und privaten Dienstleistungen und nachgefragte Zeiten stimmen häufig nicht überein. Zum Teil hat dies zur Folge, dass eine Beteiligung gerade von Frauen am Erwerbsleben erschwert, wenn nicht unmöglich wird. Unternehmen plädieren für eine weitere Ausdehnung der Betriebszeiten oder eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten, stoßen aber an die Grenzen gesetzlicher und tarifvertraglicher Regelungen oder der Mitwirkungsbereitschaft der Beschäftigten (wenn sie es sich leisten können, diese zu verweigern). Durch Flexibilisierung und Ausdehnung lösen sich die traditionellen Rhythmen, die eine vergleichsweise einfache Koordination von Zeiten in sozialen Gruppen ermöglichen, immer weiter auf. Die Schaffung gemeinsamer Zeiten wird zur individuellen Aufgabe und Verpflichtung. Die Unvereinbarkeit von Zeiten nimmt auch auf privater Ebene zu. Viele Konflikte in Familien und Partnerschaften können als Zeitkonflikte interpretiert werden.
- Durch Schnellbahnverbindungen und telekommunikative Vernetzung steigt die materielle und immaterielle Erreichbarkeit. Zeitdistanzen und Raum „schrumpfen“, während die Einzugsbereiche sich ausdehnen – mit allen Folgen für den Verkehr und die Umwelt. Allerdings sind diese neuen Chancen der Zugänglichkeit sozial und räumlich sehr ungleich verteilt.

Die wirtschaftlichen Veränderungen (Globalisierung, Wettbewerb, Kostendruck) verschärfen die Konkurrenz und führen dazu, dass versucht wird, die letzten Zeitreserven auszuschöpfen. Diese Entwicklung ist in der materiellen Produktion noch vergleichsweise harmlos (wenn man von den Folgen der Ausdehnung und Übermüdung absieht). Weil aber persönliche Dienstleistungen vor allem Zeit kosten und die Löhne hoch sind, sind die Rationalisierungspotenziale in diesem Bereich vergleichsweise gering. Wird dennoch Rationalisierung betrieben, führt sie nahezu zwangsläufig zu Verschlechterungen. Auch hierzu einige Anhaltspunkte:

- In der Pflege von Kranken, die immer weniger im Rahmen sozialer Netze erbracht werden kann, sondern über handelbare Dienstleistungen abgedeckt wird, werden meist nur die notdürftigsten Handreichungen gewährt. Zeit für (therapeutische oder im weitesten Sinne seelsorgerische) Gespräche bleibt nicht.
- Erziehung und Bildung als öffentliche Aufgabe werden zwar propagiert, aber faktisch nehmen die Gruppengrößen in Kindergärten und Schulen eher zu als ab, die Beschäftigung mit dem einzelnen Kind kommt zu kurz.
- Die in ausgedehnten und flexiblen Arbeitsformen berufstätigen Eltern bieten den Kindern „quality time“ – eine selbstbetrügerische Formel dafür, dass man nicht mehr bereit oder in der Lage ist, ihnen viel Zeit zu widmen.
- Wenn man die Klagen von Lehrern hört und die Angebote zu „Powerlearning“ o.ä. verfolgt, gewinnt man den Eindruck, dass die zeitintensiven Anstren-

gungen von Lernen, Üben etc. nicht hoch im Kurs stehen.

- Der Renditedruck im Taktschlag vierteljährlicher Berichte führt nicht nur zu zweifelhaften Anreizen zur Erhöhung der Umsatzzahlen durch „Luftbuchungen“, vielmehr erlaubt er auch keine zeitlichen Reservate, keine Bereiche „träger Produktivität“.

Auf den ersten Blick erscheint das alles zwangsläufig und höchst rational. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich aber – gerade auch unter ökonomischen Gesichtspunkten, die gegenwärtig alle Argumentationsmuster bestimmen – die Gefahr, dass langfristige Stabilität und Überlebensfähigkeit der kurzfristigen Rendite geopfert werden, denn:

- Nur gut ausgebildete und stabile Personen werden die Zukunft der Informations- und Wissensgesellschaft gestalten können.
- Nur Bereiche „träger Produktivität“, nur Ruhephasen erlauben den nötigen Abstand, um Kreativität und Innovation zu ermöglichen.
- Unreflektierte Beschleunigung erhöht den Ressourcenverschleiß.

Die beschriebenen Folgen sind im Grunde bekannt, aber noch kaum als externe Kosten des Wirtschaftens wahrgenommen. Vergleichbar mühsam gestaltete sich der Aufklärungsprozess im Anfangsstadium der Umweltdebatte. Hier musste deutlich gemacht werden, dass Naturressourcen (Luft, Wasser u.a.) verbraucht, aber nicht vom Nutzer bezahlt wurden. Die Anfänge dieser Aufklärung sind zwar erkennbar, aber noch sind wir weit von einer Internalisierung der externen Kosten entfernt. Mit Zeitressourcen gehen wir in ähnlicher Weise sorglos um. Noch werden die externen Kosten, die sich – wenn auch mit einiger Mühe – errechnen ließen, ignoriert.

Staatliche und kommunale Zeitpolitik muss deutlich machen, dass es bei bestimmten Formen zeitlicher Arrangements um öffentliche Güter geht (Zeitinstitutionen), die nicht nur als soziale Orientierungsmarken dienen, sondern auch die Herstellung von gemeinsamen Zeiten zu geringen Transaktionskosten ermöglichen. Aus diesem Grunde ist es eben nicht gleichgültig, ob die Pflegeversicherung durch die Abschaffung eines Feiertages oder eines Urlaubstages finanziert wird.

Da die angedeuteten Auswirkungen vor allem auf der kommunalen Ebene deutlich werden, betrifft dies in besonderem Maße die Stadt und Stadtplanung im weitesten Sinne.

In der Kommune bündeln sich die Zeitkonflikte, sie ist mit ihren Dienstleistungen in erheblichem Maße für die Qualität des Alltags mitverantwortlich. Eine Integration von räumlicher und zeitlicher Gestaltung in der Stadt kann ihre Qualität erheblich verbessern. Auch hier nur einige ausgewählte Beispiele:

- Gestaltung von Zeitzonen in der Stadt – etwa die Schaffung von Zonen mit einer Rund-um-die-Uhr-Aktivität und die Lösung der Konflikte, die durch kontinuierliche Aktivitäten entstehen,
- Zeitliche Gestaltung des lokalen Verkehrs, von der Abstimmung der Fahrpläne unterschiedlicher Verkehrsträger über die zeitliche Ausdehnung der Parkraumbewirtschaftung bis hin zur Festlegung von Zeitfenstern für den Lieferverkehr in sensiblen Bereichen,
- Systematischere Anpassung von Angebotszeiten öffentlicher Dienstleistungen an die Rhythmen der Nachfrage, etwa die Koordination von Angebotszeiten der Kinderbetreuung.

Die Debatte um Zeit und ihre bewusste Gestaltung hat bisher kaum begonnen – weder auf staatlicher noch auf kommunaler Ebene. Erschwert wird die Debatte,

- weil die Interessen teilweise sehr diffus und differenziert sind,
- weil die Konflikte vielfältig sind und eher noch wachsen,
- weil Interessen, beispielsweise als Arbeitnehmer und zugleich Kunde, miteinander in Konflikt stehen, und
- nicht zuletzt, weil es keinen „zuständigen“ Akteur gibt, der die Interessen einer Zeitpolitik bündeln und vertreten könnte.

Die Gestaltung von Zeit ist in besonderem Maße eine Querschnittsaufgabe. Sie als Aufgabe zu erkennen setzt voraus, dass zunächst das Bewusstsein für die zeitlichen Veränderungen und deren Chancen und Risiken geschärft wird. Zeitpolitik bedarf eines mindestens so langen Atems wie der Einsatz für Umweltbelange und verspricht wenig kurzfristige Erfolge.



Tipp zum Weiterlesen:

Alles zu jeder Zeit?

Die Städte auf dem Weg zur kontinuierlichen Aktivität

Von Matthias Eberling und

Dietrich Henckel

2002. Difu-Beiträge, Band 36

(siehe auch Seite 24)

sowie

Raumzeitpolitik (siehe Seite 10 ff)

Prof. Dr. Dietrich Henckel
Telefon: 030/39001-292
E-Mail: henckel@difu.de

Neue Medien und Stadtentwicklung

Virtualisierung und Entstehung neuer Raummuster



Als Querschnittstechnologie greifen IuK-Techniken bereits heute in nahezu alle Bereiche der Arbeits- und Lebenswelt ein. Dies gilt vor allem für die Städte, als Räume höchster Informationsdichte, Knoten der technischen Vernetzung und Orte, an denen sich die Anwender der neuen Techniken konzentrieren. Dennoch muss man sich bei der Beschäftigung mit Fragestellungen, die den Zusammenhang von Technologieentwicklung und Stadtentwicklung betreffen, darüber im Klaren sein, dass man sich einem hochspekulativen Thema nähert.

Im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, vertreten durch das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, hat das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) zusammen mit dem Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung (IZT) das Themenfeld „Neue Medien und Stadtentwicklung“ strukturiert und städtebaulich relevante Fragestellungen präzisiert, Beispiele für den Einsatz von neuen IuK-Techniken mit stadtentwicklungspolitischer Relevanz dokumentiert und Empfehlungen zum weiteren Umgang der Städtebaupolitik mit dem Thema erarbeitet. Dazu wurden vorhandene Materialien ausgewertet, Stadtplaner und Stadtentwickler in den deutschen Städten mit mehr als 50 000 Einwohnern schriftlich nach ihren Einschätzungen befragt, eine Zukunftswerkstatt und eine Expertenanhörung durchgeführt und zahlreiche Einzelgespräche mit Experten geführt.

Die Ergebnisse bieten eine Vielzahl von Ansatzpunkten und Anregungen für die Beschäftigung mit dem Thema „Neue Medien und Stadtentwicklung“, die an dieser Stelle nur in sehr komprimierter Form vorgestellt werden können. Sie machen deutlich, dass überschwängliche Erwartungen an die Potenziale der „Neuen Medien“ für die Stadtentwicklung genauso unangebracht sind wie deren Negation. Sie machen misstrauisch gegenüber allzu einfachen Ursache-Wirkungs-Vermutungen, obwohl die gewünschte Zuspitzung auf die Wirkungen hinsichtlich der Stadtentwicklung auch uns immer wieder dazu verführte, komplexe Zusammenhänge verkürzt darzustellen. Die Ergebnisse zeigen, dass sich trotz zunehmender räumli-

cher Flexibilität die Informationsgesellschaft nicht auf den „luftleeren Raum“ zurückzieht und ortlos bleibt, sondern im Gegenteil neue Raumkonstellationen prägt, dem materiellen Raum einen virtuellen hinzufügt und beide in komplexe Zusammenhänge stellt.

Deutschland ist auf allen räumlichen Ebenen bereits mit einem dichten Geflecht von Kommunikationsnetzen unterschiedlichster Form durchzogen. Mit der Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes hat sich die Angebotsvielfalt in einigen Räumen erheblich vergrößert, andere haben weniger von der Liberalisierung profitiert. Trotz vorhandener Regulierung gehört „Rosinenpicken“ zur Ausbaustrategie vieler alternativer Carrier. Die Verdichtungsräume und großen Städte gehören insgesamt zu den Gewinnern des privaten Infrastrukturausbaus, wobei kleinräumlich wiederum erhebliche Versorgungsunterschiede bestehen können. Räumliche Unterschiede werden auch beim UMTS-Ausbau wieder deutlich. Die erheblichen Kosten, die für die Carrier beim Erwerb der Frequenznutzungsrechte verbunden waren (umgerechnet ~ 125 Mrd. Euro europaweit) und die erheblichen Infrastrukturinvestitionen (geschätzt weitere 125 Mrd. Euro europaweit), die mit dem Aufbau des Netzes verbunden sind, führen zu hohen Einstiegskosten für potenzielle Nutzer der Technologie und verlangsamen damit die Diffusion vermutlich erheblich.

Neue Techniken und ihre Anwendung waren schon immer mit gravierenden Veränderungen des Raumgefüges verbunden und beeinflussten damit die Stadtentwicklung. Viel zitierte Beispiele sind Straßenbahn, Eisenbahn, motorisierter Individualverkehr oder Telefon. Zunächst führt die weitgehende Nutzung von IuK-Techniken zu einer Veränderung unserer Raumwahrnehmung in zweierlei Hinsicht: Entfernungen verlieren an Bedeutung und nahe Orte erscheinen häufig weiter entfernt als fern gelegene. Die räumlichen Wirkungen sind allerdings bei der Analyse nur schwer zu isolieren. Sie zeigen sich im Wesentlichen nicht als direkte, sondern als vermittelte Wirkungen, die nicht von der Technologie selbst, sondern von deren Anwendung in einem komplexen sozialräumlichen Kontext bestimmt werden. Die weit-

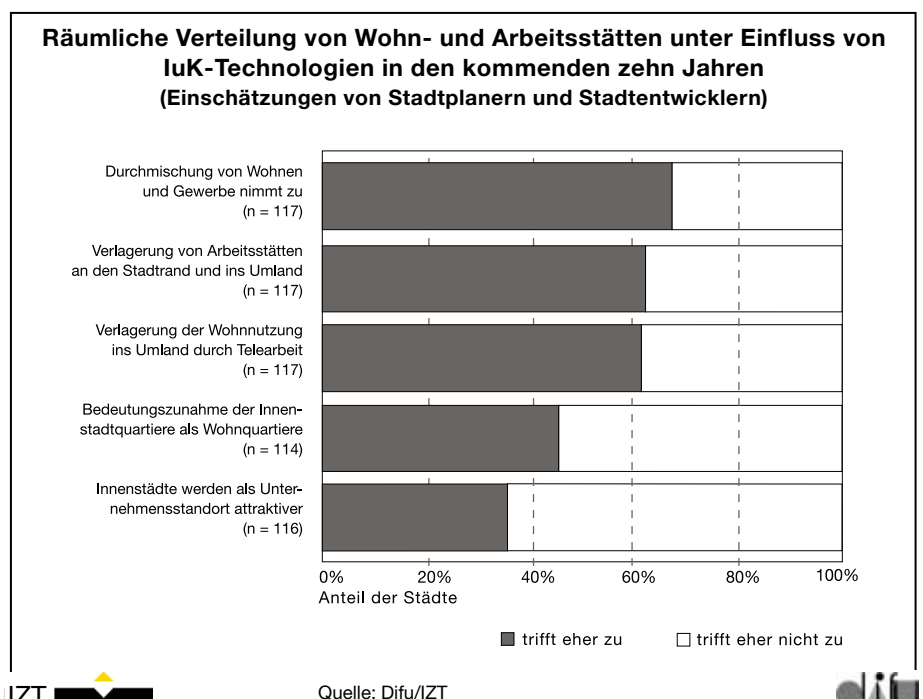
gehende Durchdringung des Alltags mit IuK-Technik führt zur Bildung eines komplexen Geflechts von materiellem und virtuellem Raum: Informationsströme lösen sich immer stärker von Warenströmen, physische Transporte können durch Datentransfer substituiert werden, die Mobilisierung der Kommunikation erlaubt die Gestaltung neuer Wegeketten und längerfristig neuer Raumnutzungsmuster usw. Die „electronic flows“ werden ergänzt durch physische Beziehungen. Von besonderer Bedeutung sind dabei die komplementären Wirkungen von Telekommunikation und Verkehr.

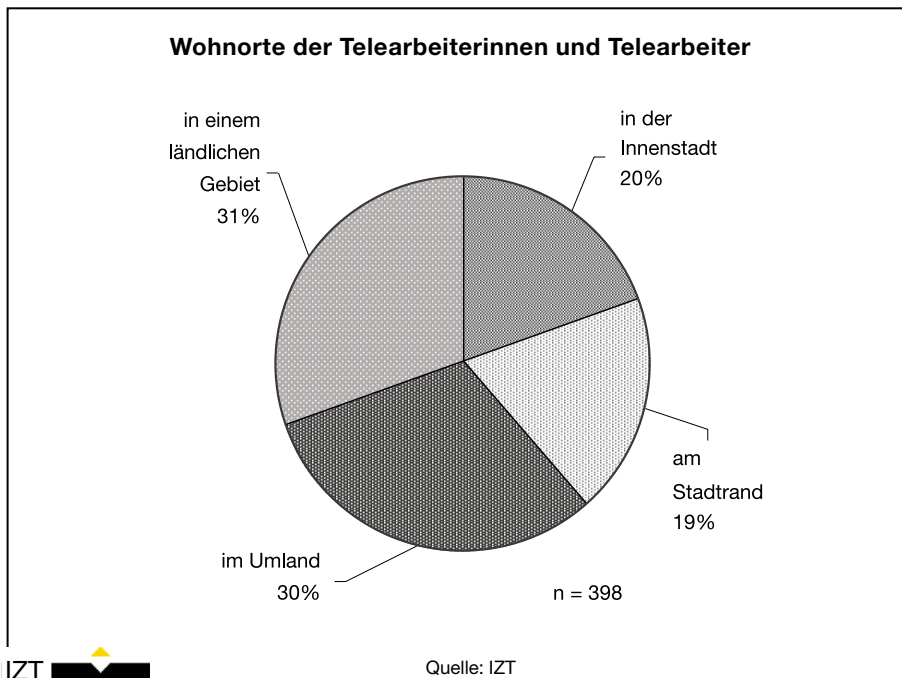
Ebenfalls prägend sind die wirtschaftsstrukturellen Veränderungen, die mit der Entwicklung der „new economy“ im weiteren Sinn verbunden sind. Neue Wertschöpfungsketten und Unternehmensnetze entstehen. Betroffen davon sind sowohl Unternehmen der „new economy“ als auch traditionelle Wirtschaftsunternehmen. Die räumlichen Trends sind nicht eindeutig: Die Möglichkeiten der informationstechnischen Vernetzung können z.B. zur Ausbildung von regionalen Clustern führen, sie können aber auch die Globalisierung von Unternehmensabläufen begünstigen. Insgesamt kommt es zu einer Flexibilisierung des Arbeitsortes mit unterschiedlichen Folgen für das Städtesystem, Städte und ihre Teilräume. Erwartet werden für das Städtesystem ein Hierarchisierungsschub und ein verstärkter Städtewettbewerb, Disparitäten zwischen Steuerungszentralen und abhängigen Räumen sowie funktionale Konzentrationsprozesse. Die häufig postulierten positiven Wirkungen der Neuen Medien für den ländlichen Raum bestätigen sich nicht. Allein auf Basis der Technologien wird es vermutlich nicht zu einer umfassenden Stärkung des ländlichen Raums kommen. So ist Telearbeit vorwiegend ein Phänomen der Stadt und ihres Umlandes. Für die Städte kann die Entwicklung mit einer Verringerung der Planbarkeit, einer Verkürzung der „Reaktionszeiten“ und mit funktionalen Veränderungen von Wohn- und Arbeitsorten verbunden sein.

Auch im Zusammenhang mit der Veränderung von Lebensstilen gewinnen IuK-Techniken an Bedeutung. Sie unterstützen die Individualisierung von Lebensstilen und vergrößern die Wahlmöglichkeiten für den Einzelnen. Mögliche Folgen liegen in einer – auch räumlichen – Fragmentierung der Städte, der weiteren Ausdifferenzierung von Stadträumen, Spezialisierungs- und Nischenbildungsphänomenen.

Electronic Business hat in den letzten Jahren im Rahmen des elektronischen Ge-

schäftsverkehrs zwischen Unternehmen (B2B) in einzelnen Bereichen erheblich an Bedeutung gewonnen. Elektronische Dienstleistungen für den Konsumenten spielen demgegenüber bisher nur eine untergeordnete Rolle. Nur in wenigen konsumentenorientierten Geschäftsbereichen sind „elektronische Verkäufe“ schon umsatzrelevant wie bei Konzerttickets, Fahrkarten, Büchern, Software oder CDs. Wenige Monate nach der Einführung des elektronischen Tickets, das sich jeder per Computer bestellen und an seinem Drucker ausdrucken kann, vertreibt die Deutsche Bahn AG monatlich rund 2000 Tickets auf diesem Weg. Im Jahr 2000 wurden in Deutschland Umsätze in Höhe von umgerechnet knapp 200 Mio. Euro mit dem Online-Handel von Büchern gemacht. Trotz heute für den gesamten Online-Einzelhandel eher ernüchternder Zahlen und erheblichen Prognoseunsicherheiten, können bei einer zu erwartenden stärkeren Verbreitung der Angebote erhebliche räumliche Wirkungen von den damit verbundenen veränderten Standortstrukturen im Handel ausgehen. Zwar werden Innenstädte mit Aufenthalts- und Erlebnisqualität kaum Einbußen erleben, für klassische „Grüne-Wiese“-Standorte, Randlagen von Oberzentren, kleine und mittlere Zentren könnten Verlagerungen zugunsten des Online-Handels aber zusätzliche Probleme zu den ohnehin vorhandenen Strukturproblemen bringen. Eine zunehmende Kopplung von Einkaufs- und Freizeitaktivitäten könnte sich auf Standorte positiv auswirken, an denen sich Angebote aus beiden Bereichen konzentrieren. Dies kann sowohl die Innenstädte aber auch Standorte der „neuen Grünen Wiese“ betreffen.





- die Entwicklung der IuK-Infrastruktur
- die Raumwirkungen der IuK-Technologien
- die Bedeutung des IuK-Bereichs für das Handeln der Städte
- der Zusammenhang zwischen IuK-Einsatz und der Flexibilisierung des Arbeitsortes
- die Technisierung des Wohnens
- neue Formen des Einzelhandels und
- die Koevolution von informations- und kommunikationstechnischer Vernetzung.

Die Analyse wird ergänzt durch eine ausführlichere Darstellung guter Beispiele für die Anwendung „neuer Medien“ im Kontext der Stadtentwicklung.

Trotz der Prognoseunsicherheiten, der Komplexität der Verflechtungen zwischen virtuellem und materiellem Raum und der z.T. sehr unterschiedlichen Einschätzung der Entwicklung durch verschiedene Autoren, lassen sich die räumlichen Wirkungen der IuK-Technik weiterhin in das modelltheoretische Schema einordnen, das schon zu Beginn der 1980er Jahre im Rahmen der Diskussionen um die Bedeutung der „neuen Medien“ erörtert wurde:

- Die raumüberwindenden Eigenschaften der IuK-Technologien können zu einer Aufhebung von Agglomerationsvorteilen und damit zu einer Dekonzentration führen (Dekonzentrationsthese).
- Die bestehenden räumlichen Disparitäten können durch die IuK-Technologien weiter verstärkt werden (Konzentrationsthese).
- Die Verteilung von Steuerungskompetenz kann sich zugunsten oder zulasten bestimmter Räume ändern (Zentralisierungsthese bzw. Dezentralisierungsthese).
- IuK-Technologien können die räumlichen Entwicklungstrends nicht grundsätzlich verändern, sondern verstärken sie.

Die Untersuchung stellt den Einsatz der IuK-Technologien in unterschiedlichen Lebensbereichen und ihre potenziellen und tatsächlichen Wirkungen auf das Städte-system und Teilräume der Städte dar. Schwerpunkte sind:

- die Rahmenbedingungen der „Informationsgesellschaft“

Im Ergebnis erscheint die Schaffung von Infrastruktur (z.B. die Telekommunikationsvernetzung von Stadtteilen und Dörfern) allein kaum ausreichend für eine nachhaltige technologieorientierte Stadtentwicklung. Wichtig ist, den Nutzern die „Neuen Medien“ nahe zu bringen, d.h. im konkreten städtebaulich-räumlichen Kontext: Projekte auszuwählen, bei denen die Technologien auf „fruchtbaren Boden“ fallen, die Infrastrukturmaßnahmen durch anwendungsbezogene Maßnahmen zu ergänzen und keine isolierte Technikentwicklung zuzulassen. Dies gilt gerade für „schwierige Standorte“ wie z.B. die peripheren ländlichen Bereiche.

Die Vielfalt „guter Beispiele“ zeigt, dass die Relevanz des Themenfeldes „Neue Medien und Stadtentwicklung“ sowohl von Akteuren im öffentlichen, als auch im privaten Bereich erkannt wurde. In vielen Fällen steht jedoch eine Integration in zukunftsweisende Stadtentwicklungskonzepte noch aus. Hier besteht erheblicher Handlungs- und Gestaltungsbedarf.

Die Ergebnisse des Projekts sind in zwei Bänden der Materialienreihe erschienen:

Band 1 fasst die Ergebnisse zusammen und stellt „gute Beispiele“ vor. Band 2 dokumentiert die Vorträge einer Anhörung, die das Difu im Rahmen des Projekts mit Experten aus deutschen Städten, Projektentwicklung und Immobilienmanagement, Vertretern der Kommunikations- und Medienwirtschaft, Forschungseinrichtungen und Telekom-Carriern durchgeführt hat, außerdem hat der Band die Ergebnisse einer Zukunftswerkstatt des IZT zum Thema.

Weitere Informationen:
Dipl.-Geogr. Holger Floeting
Telefon: 030/39001-221
E-Mail: floeting@difu.de

Bestellung:
siehe Bestellschein

Erfolgsfaktoren des kommunalen E-Government

Was bei der Gestaltung virtueller Rathäuser zu beachten ist

Zum 3. *MEDIA@Komm*-Kongress in Nürnberg am 17. und 18. September legte das Difu, gemeinsam mit den Partnerinstituten der Begleitforschung *MEDIA@Komm*, eine Broschüre vor, mit der ein praxisnahes Gerüst für die Planung und Umsetzung von kommunalem E-Government bereitgestellt wird.

MEDIA@Komm ist ein Förderprojekt des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi). Mit ihm wird die Vision vom digital vernetzten Gemeinwesen in den drei aus einem bundesweiten Wettbewerb als Preisträger hervorgegangenen Modellregionen Bremen, Esslingen und Nürnberg realisiert. Das im Jahr 2000 gestartete Projekt läuft im Jahr 2003 aus. Parallel dazu hat das BMWi eine Begleitforschung in Auftrag gegeben, an der neben dem Difu das DIN (Deutsches Institut für Normung e.V.), das Hans-Bredow-Institut für Medienforschung (HBI) in Verbindung mit der Forschungsstelle Recht und Innovation der Universität Hamburg (CERI) sowie die TÜV Informationstechnik GmbH (TÜVIT) beteiligt sind.

Was ist eigentlich kommunales E-Government? Was ist notwendig, um virtuelle Rathäuser erfolgreich aufzubauen? Die Antworten hierzu fallen recht unterschiedlich aus. Für die einen ist es ein gelungener und Nutzen bringender Internet-Auftritt der Stadt, für die anderen ein neuer, durch die technologische Entwicklung beförderter Modernisierungsansatz für die öffentliche Verwaltung. Allzu häufig wird kommunales E-Government jedoch auf Online-Angebote reduziert, etwa die Bereitstellung von Formularen im Netz, auf Beteiligungsmöglichkeiten an den kommunalen Homepages oder die Möglichkeit elektronisch verfügbarer Interaktions- und Transaktionsangebote.

Grundlage des „Erfolgmodells kommunales E-Government“ ist ein umfassendes Verständnis von E-Government in Anlehnung an das Memorandum „Electronic Government“ (vgl. <http://www.media-komm.net/documents/memorandum.pdf>). Electronic Government umfasst nach diesem Verständnis alle Aspekte des Re-

gierens und Verwaltens (öffentliche Willensbildung, Entscheidungsfindung, Leistungserstellung und -erbringung, Partizipation), sofern sie durch die Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien unterstützt und verbessert werden können.

Den langfristigen Erfolg von kommunalem E-Government bestimmen folglich weit mehr Faktoren, als häufig angenommen wird. Online-Anwendungen und ihr Nutzen sind daher auch nur ein Aspekt. Eine der wesentlichen Erkenntnisse der Verwaltungswissenschaft zu E-Government ist, dass nicht die Technik oder die Anwendungen allein der Schlüssel zu erfolgreichen E-Government-Ansätzen sind. Ausschlaggebend ist vielmehr ein ganzes Bündel, bestehend aus organisatorischen Maßnahmen, strategischem Vorgehen, Qualifikation, Kommunikation, Partnerschaften, Ressourcensicherung und anderem mehr.

Um diese Komplexität deutlich zu machen, wurde im Rahmen der Begleitforschung zu *MEDIA@Komm* ein Modell entwickelt, das zehn Erfolgsfaktoren mit mehr als 50 Einzelaspekten zusammenführt, die bei der Gestaltung virtueller Rathäuser zu beachten sind.



Die zehn Erfolgsfaktoren des kommunalen E-Government

- 1 Leitbild und Strategie
- 2 Organisation, Projekt- und Change Management
- 3 Anwendungen
- 4 Nutzen und Kosten
- 5 Angepasste Technologien und Organisation des Technikeinsatzes
- 6 Kompetenzen, Motivation und Qualifizierung
- 7 Schaffung von Akzeptanz, Marketing
- 8 Kooperation und Partnerschaften
- 9 Nachhaltige Sicherung der Ressourcen
- 10 Rechtmäßigkeit

Quelle: Difu

Deutsches Institut für Urbanistik 

Beispiel: Einzelaspekte des ersten Erfolgsfaktors

Erfolgsfaktor	Einzelaspekt	Priorität
1 Leitbild und Strategie	■ Leitbild zum E-Government	A
	■ Gesamtstrategie „Virtuelles Rathaus“	A
	■ Einbindung von Leitbild und Strategie in übergreifende Leitbilder und Strategien	B
	■ „Chefsache“	AA
	■ Politische Unterstützung	AA
	■ Prioritätensetzung und Langfristplanung beim Projekt „virtuelles Rathaus“	A

Deutsches Institut für Urbanistik 

In dieses „Erfolgsmodell kommunales E-Government“ sind langjährige Erfahrungen der Verfasserinnen und Verfasser aus diesem kommunalen Handlungsfeld eingeflossen: die Ergebnisse eigener empirischer Erhebungen, die Auswertung der Fachliteratur und nicht zuletzt die aktuellen Erkenntnisse aus dem Difu-Projekt *MEDIA@Komm*. Die konzeptionellen Bestandteile des Modells wurden im Rahmen der umfangreichen Begleitforschung zu *MEDIA@Komm* bereits auf ihre Praxis-tauglichkeit überprüft.

In der Publikation werden diese Faktoren erläutert und Kriterien benannt, wie man auf dieser Basis den Umsetzungsstand von kommunalem E-Government bewerten kann. Damit soll die Broschüre

- den Kommunen Orientierungshilfe geben,
- eine bessere Selbsteinschätzung ermöglichen,
- entscheidend zur Systematisierung und Strukturierung der Diskussion beitragen,
- das oft stark verengte Verständnis von E-Government korrigieren,
- ein Raster für externe Evaluationen bereitstellen.

Empirische Erhebungen des Deutschen Instituts für Urbanistik zeigen, dass es – teilweise „quer“ zu den Zielgruppen Bürgerschaft, Wirtschaft, Gäste, Verwaltung und Politik – fünf Zieldimensionen bei der Einführung von kommunalem E-Government gibt:

- gesteigerte interne Informiertheit und Motivation,

- höhere Dienstleistungs- und Kommunikationsqualität,
- mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung,
- ausgeprägtes Image und Standortmarketing,
- effizientere und rationellere Verwaltung.

Der Erfolg von kommunalem E-Government misst sich daran, in welchem Maße diese Ziele erreicht werden. Auch wenn ihre Gewichtung von Stadt zu Stadt unterschiedlich ausfällt, bilden sie – unabhängig von den jeweils individuellen Ausprägungen vor Ort – die wesentlichen Orientierungs- und Bemessungsgrößen für den Erfolg.

Den Erfolgsfaktoren und Teilaspekten sind Prioritäten zugeordnet, am Beispiel des ersten Faktors „Leitbild und Strategie“ (s.o.), ist dies illustriert. Die Prioritäten sind so gesetzt, dass alle beschriebenen Ziele in gleichem Maße erreicht werden. Ausnahmslos alle Aspekte sind für die Umsetzung von kommunalem E-Government wichtig. Allerdings ist ihr jeweiliger Stellenwert, vor allem in der Relation zueinander, verschieden. A-Faktoren (Faktoren mit höchster – AA – oder hoher – A – Priorität) sind nach aller Erfahrung unverzichtbar, B-Faktoren (mittlere Priorität) sind notwendig, können ihre Wirksamkeit aber nur im Zusammenwirken mit anderen Faktoren entfalten. C-Faktoren (niedrige Priorität) sind nicht unbedingt notwendig, aber in aller Regel höchst hilfreich.

Das Raster der Erfolgsfaktoren lässt sich als Ratgeber und Checkliste nutzen: Welche Aspekte sind beim Aufbau des virtuellen Rathauses zu beachten? Bewusst wurde darauf verzichtet, ein Werkzeug zur

„einfachen Selbstdiagnose“ im Sinne eines Benchmarking oder Ranking zu erstellen. Dies verbietet sich nach unserem Verständnis wegen der Komplexität des Handlungsfeldes und der unterschiedlichen Bezüge und Ausgangsvoraussetzungen in jeder Kommune. Hochkomplexe Modernisierungsmodelle und Sachverhalte auf einfache Kennziffern zu reduzieren, hat unseres Erachtens keinen wissenschaftlichen Bestand. Komprimierte Kennziffern oder Rankings können sogar desorientierend und kontraproduktiv wirken: Die vorgespiegelte Genauigkeit verleiht subjektiven Selbsteinschätzungen leicht – und zu Unrecht – einen wissenschaftlichen oder objektiven Charakter.

Das Raster erlaubt die qualitative Einstufung des erreichten Standes: Welche Faktoren sind weitgehend beherrscht, welche teilweise, welche kaum oder gar nicht, wo liegt „Sprengstoff“? Dazu werden zu jedem Einzelaspekt der Erfolgsfaktoren weitere Stichworte genannt und Kriterien zur

Bewertung vorgeschlagen (siehe unten). Der jeweilige „Befund“ hilft bei Entscheidungen über die Einführung oder Weiterentwicklung von lokalem E-Government. In diesem Sinne bilden die Erfolgsfaktoren in ihrer Gesamtheit auch einen Leitfaden zum E-Government.

In einem weiteren Schritt wird die Begleitforschung das Erfolgsmodell um nötiges Detailwissen ergänzen. Auch Know-how zu Abläufen und Prozessen soll hinzukommen. Handlungsempfehlungen werden vermitteln, wie die Bausteine des virtuellen Rathauses zusammenzufügen sind, damit dieses nachhaltig erfolgreich sein kann. Schließlich entsteht ein „Wissenspeicher“ zur Gestaltung von erfolgreichem E-Government. Diese Ergebnisse sollen ab Frühjahr 2003 online und auf CD-ROM zur Verfügung stellen. Ziel ist es, damit den Wissenstransfer aus den Modellprojekten *MEDIA@Komm* zu forcieren und E-Government als Erfolgsmodell in die Öffentlichkeit zu tragen.

Weitere Informationen:

Dr. Busso Grabow
Telefon: 030/39001-248
Telefax: 030/39001-116
E-Mail: grabow@difu.de

<http://www.mediakomm.net>
<http://www.difu.de>

Bestellung:
siehe Bestellschein



Beispiel zu Stichworten und Kriterien zu den Erfolgsfaktoren

Erfolgsfaktor 1	Leitbild und Strategie
Einzelaspekt 1.2	Gesamtstrategie „Virtuelles Rathaus“
Stichworte	Analyse, Zielgruppenbezug, Organisation, Finanzierung, Produkte, Distribution, Kommunikation, Verantwortlichkeiten, Zuständigkeiten ...
Kriterien zur Bemessung des „Reifegrades“ von kommunalem E-Government	<ul style="list-style-type: none"> <input checked="" type="checkbox"/> Umfassende Analyse der Ausgangslage ist erfolgt. <input checked="" type="checkbox"/> Ziele sind für verschiedene Gruppen differenziert formuliert und klar gewichtet, Zielkonflikte sind benannt. <input checked="" type="checkbox"/> Strategie ist eindeutig, konkret, verbindlich formuliert und in Aktionsprogrammen operationalisiert. <input checked="" type="checkbox"/> Die Maßnahmen zur Erreichung der Ziele sind formuliert, und ein Zeitplan ist erstellt. <input checked="" type="checkbox"/> Die Beteiligten und zu Beteiligten sind mit Zuweisung von Aufgaben und Kompetenzen einbezogen. Die intensive Kommunikation über den Gesamtprozess ist von vornherein im Blickpunkt. <input checked="" type="checkbox"/> Die Verantwortlichkeit ist an einer Stelle gebündelt. <input checked="" type="checkbox"/> Im Falle der Systematisierung von Einzelprojekten in ein nachträgliches Gesamtkonzept sind die Teilinitiativen aufeinander abgestimmt und mit unterschiedlichen Prioritäten versehen worden. <input checked="" type="checkbox"/> Die Finanzierung ist langfristig sichergestellt.

Quelle: Difu-Darstellung

Raumzeitpolitik



Die Zeitforschung hat ebenso wie die Raumforschung eine lange Tradition und ist seit längerem in einem Aufschwung begriffen, die Vielzahl von Publikationen auch populärer Art sowie öffentliche Debatten über die Notwendigkeit von Zeitpolitik zeugen davon. Zwar gibt es durchaus Untersuchungen zu den Zusammenhängen räumlicher und zeitlicher Entwicklung, doch spricht viel dafür, die beiden Forschungsstränge noch stärker aufeinander zu beziehen, als das bisher der Fall ist. Vor diesem Hintergrund hat die Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) 1998 die Initiative ergriffen, das Thema „Zeit und Raum“ in ihr Forschungsprogramm aufzunehmen. In der Folge wurde ein Arbeitskreis unter Mitwirkung der Autorinnen und Autoren der Veröffentlichung etabliert, der sich in einem über zweijährigen Arbeitsprozess mit unterschiedlichen Facetten des Zusammenhangs von Raum und Zeit auf städtischer und regionaler Ebene beschäftigt hat. Es ging darum, Experten aus beiden Forschungsbereichen in einen Diskussionszusammenhang zu bringen, um die gemeinsame Arbeit auf diese Weise besonders effektiv zu gestalten und Synergieeffekte zu nutzen.

Vor dem Hintergrund dieses breit gefächerten Zugangs, der zwar die Integration von zeitlicher und räumlicher Betrachtung zum Gegenstand hatte, aber gleichwohl an vielen Stellen zunächst die zeitliche Perspektive in den Vordergrund rückte, bestand ein einheitlicher – trotz allem nicht ganz bescheidener – Anspruch des Arbeitskreises in folgenden Punkten:

- Es sollte ein Beitrag zum Stand der Diskussion raumzeitlicher Fragestellungen geleistet werden, der ein weites Spektrum der Betrachtungsweisen und theoretischen wie empirischen Ansätze abdeckt. Dabei sollten Lücken der Diskussion identifiziert und gefüllt werden. Durch die transdisziplinäre Besetzung der Arbeitsgruppe sollten die Vernetzungsmöglichkeiten der unterschiedlichen Zugänge überprüft und fruchtbar gemacht werden.
- Zentrale Begriffe der gegenwärtigen wissenschaftlichen und politischen Debatte um Zeitveränderungen und ihre vor allem räumlichen Folgen sollten thematisiert und spezifiziert werden, weil nur dann auch ein normativer Diskurs sinnvoll geführt werden kann. Nur wenn Fragen des Zeitwohlstandes, der Ver-

teilung von Zeit, von gemeinsamen Zeiten und Zeitinstitutionen und deren räumliche Äquivalente geklärt werden, kann auch die Debatte um Steuerung weiterkommen. Obwohl die Debatte Bedeutung gewinnt, sind die Begrifflichkeiten nicht eindeutig und die normativen Widersprüche gewaltig.

- Damit wird auch die Steuerungsfrage – ob und wie „Zeit“ Gegenstand von Politik sein kann – zu einer besonders umstrittenen. Strittig sind dabei nicht nur die normativen Grundlagen, sondern auch die Art und das Ausmaß von raumzeitlicher Steuerung, das Verhältnis von materieller und prozeduraler Steuerung, die Frage nach den relevanten und legitimierten Akteuren bis hin zu Fragen des Verhältnisses von Beteiligung und Betroffenheit raumzeitlicher Veränderungen und ihrer Steuerung. Für den normativen Diskussionsstoff, der in dem zeitstrukturellen Wandel und seiner politisch-planerischen Behandlung steckt, soll sensibilisiert werden und die neue Regulierungsdebatte um Zeit soll bereichert werden. Darüber hinaus ging es aber auch um eine Verknüpfung räumlicher und zeitlicher Steuerung. Die Debatte, worum es sich bei raumzeitlicher Steuerung handelt und wie das politische und planerische Instrumentarium weiterentwickeln ist, sollte vorangebracht werden.

Die Ergebnisse der gemeinsamen Arbeit liegen nunmehr in einer Veröffentlichung vor. Die Einzelbeiträge wurden unter fünf große Überschriften gestellt.

Fragen und neue Zugänge

■ Die komponierte Stadt

Anders als die Gestaltung der Qualität des Raums durch Architektur und Städtebau ist die Gestaltung der Qualität der Zeit durch Klangplanung eine vernachlässigte Dimension der Stadt- und Umweltplanung. Der Beitrag von Albert Mayr informiert über Ansätze zur systematischen Erforschung der Klangumwelt, zur Nutzung der akustischen Charakteristiken von Räumen in kompositorischen Prozessen und zur Einbeziehung der akustischen Komponente in die Planung von Gebäuden und öffentlichen Räumen.

■ Soziale Raumzeit

Der Beitrag von Georg Franck legt eine theoretische Fundierung zu dem Begriff

sozialer Raumzeit. Raum und Zeit stehen zur menschlichen Existenz in zwei unterschiedlichen Bezugssystemen. Zum einen stellen sie knappe Ressourcen dar, die in bestimmtem Umfang gegenseitig substituierbar sind. Zum anderen bilden sie Grundkategorien der menschlichen Existenz, die sich in einem jeweiligen Hier und Jetzt konkretisieren. Das Hier und das Jetzt sind Zentren des subjektiven Erlebens und Ausgangspunkt einer von der Knappheit unabhängigen Bewertung räumlicher und zeitlicher Entfernung. Je ferner eine Sache im Raum und je ferner ein Ereignis in der Zeit, umso mehr verlieren sie an existenzieller Bedeutung: räumliche und zeitliche Entfernung werden im Bewusstsein „diskontiert“.

■ **Geschlechterverhältnisse im raumzeitlichen Wandel moderner Gesellschaften**

Soziale Raumzeit ist gebrochen auch entlang sozialer Besonderheiten. Weder Geschlecht noch Raum und Zeit lassen sich als statische, unveränderbare Charakteristika moderner Gesellschaften fassen. Der Beitrag von Ingrid Breckner und Gabriele Sturm zielt darauf ab, bestehende Verknüpfungen zwischen Geschlechterverhältnissen und raumzeitlichen Wirklichkeiten in modernen Gesellschaften zu erhellen und ihre systematische Erforschung im Kontext raumzeitlicher Fragestellungen anzuregen.

Raumentwicklung

■ **Zeitkoordination im Rahmen der modernen Logistik**

Markus Hesse beschäftigt sich in seinem Beitrag mit raumzeitlichen Wechselwirkungen, die durch moderne Logistik im Gütertransport ausgelöst werden. Ausgehend von neuen Formen der Raum-Zeit-Koordination in der Warenwirtschaft der Unternehmen auf der Basis von Logistikkonzepten, die entlang von Wertschöpfungsketten Beschaffung, Produktion, Konfektionierung, Distribution und Entsorgung von Gütern optimieren, untersucht er „neue Systeme der Raum-Zeit-Konfiguration“ in der logistischen Praxis und „Raumwirksamkeiten der logistischen Zeitpolitik“.

■ **Beschleunigung und Raumgerechtigkeit**

Die räumliche Mobilität nimmt in Europa noch immer zu – und sie beschleunigt sich. Bei der Anwendung neuer Analyseinstrumente auf die durch transeuropäische Schnellbahnnetze geprägten Raum-Zeit-Verhältnisse in Europa durch Michael Wegener und

Klaus Spiekermann stellt sich schon heute eine geografische Disparität heraus, die sich aber bis 2010 nach absehbaren Tendenzen noch vertiefen wird: Die transeuropäischen Netze erhöhen wesentlich nur die Erreichbarkeit der Metropolen – tendenziell sogar zu Lasten der Peripherie. Dieser Befund wirft Probleme sozialer Gerechtigkeit auf, die in den nationalen und supranationalen Politiken derzeit weder öffentlich gemacht, geschweige denn erörtert werden.

■ **Dynamik räumlicher Prozesse**

Der Beitrag von Georg Franck und Michael Wegener zeigt, dass sich Raumplanung und Raumwissenschaft bisher nur unzureichend auf diesen Wandel ihres Gegenstandsbereichs eingestellt haben. Nach wie vor dominieren komparativ-statische Vorstellungen und ein Denken in diskreten Zuständen. Das Denken in dynamischen Kategorien ist unterentwickelt und wird auf Prozesse des Wandels eingeschränkt. Tatsächlich verlangt aber ein systematischer Übergang vom Denken in Zuständen zum Denken in Prozessen, dass Dauer und Wandel gleichermaßen berücksichtigt und in einem Spektrum kontinuierlicher Differenzen beschrieben werden. Diese Sichtweise legt es nahe, räumliche Planung als gezielte Stabilisierung bzw. Destabilisierung von Prozessen zu konzipieren.

■ **Wie unterschiedliche Timescapes Staatsraum und Landschaften verändern können**

Der Raum bildet zeitliche Strukturen der Gesellschaft ab, die gesellschaftlichen Zeiten und Zeitregime und die Raumstrukturen stehen als „Zeitlandschaften“ in einem engen Wechselverhältnis. Gerhard Stiens zeigt in seinem Beitrag, dass die Politik ihre Raumwirksamkeit besonders durch die „Beschleunigungsressorts“ (Verkehr, Telekommunikation, Forschung u. a.) entfaltet, die ihre Aufgabe vor allem in der Beschleunigung der Raumüberwindung sehen. Um Zukunft zu gestalten, bedarf es einer kritischen Analyse der aktuellen Situation und einer Einschätzung des zukünftig Möglichen.

Zeitpolitik

■ **Wer macht die Zeit? Gesellschaftliche Zeitstrukturen im Wandel**

Der Beitrag von Matthias Eberling skizziert den Wandel gesellschaftlicher Zeitstrukturen und seine Auswirkungen auf Arbeits- und Lebenswelten sowie die natürliche Umwelt. Die Richtung der zeitlichen Veränderungen wird anhand

der Stichworte Beschleunigung und Flexibilisierung analysiert. Der Beitrag geht von einer tendenziellen Aufhebung und Erosion tradierter Zeitverhältnisse aus. Diese Prozesse werden überwiegend kritisch bewertet. Über eine Typologie von Taktgebern (z. B. natürliche, institutionelle, ökonomische), Dominanzen und Regelungen wird versucht, das Ausmaß der Veränderungen und mögliche Handlungsspielräume für eine zeitpolitische Gestaltung zu bestimmen. Handlungsstrategien werden nur als erfolgreich angesehen, wenn sie die sozioökonomischen Kontexte neuer Zeitstrukturen berücksichtigen.

■ **Wer verteilt die Zeit?**

Der aktuelle wirtschaftliche Strukturwandel rückt die Verteilung von Zeit ins Zentrum der Wohlfahrtsentwicklung. Im Beitrag von Dietrich Henckel wird dieses Politikfeld begrifflich geklärt und differenziert. Schwierigkeiten und Möglichkeiten, die Verteilung von Zeit zu messen, sowie Kriterien für die Bestimmung von Zeitwohlstand und von Gerechtigkeit der Umverteilung von Zeit zu gewinnen, werden herausgearbeitet und diskutiert.

■ **Örtliche Zeitkonflikte und die Macht der Zivilgesellschaft**

Eine weitere zentrale Frage ist, wie angesichts der großen Taktgeber aus den zeitstrukturierenden gesellschaftlichen Subsystemen Wirtschaft und Staat – und ihrer Medien Macht und Geld – ein „Recht auf eigene Zeit“ als Bürgerrecht etabliert werden kann, wie es ähnlich schon im Fall der abhängigen Arbeit und der Erhaltung gesunder Umweltbedingungen ansatzweise gelungen ist. Zuerst einmal müssten das disperse Auftreten bzw. die Desorganisation, die für die zeitbezogenen Interessen aus der „Lebenswelt“ (von Einzelpersonen oder Haushalten in der Stadt) charakteristisch sind, überwunden werden. Ulrich Mückenberger zeigt, dass ein Modus funktionierender zeitstrukturierender Kooperation zwischen Lebenswelt bzw. Zivilgesellschaft einerseits und Wirtschaft und Staat andererseits gefunden werden kann und eine solche Zeitpolitik in der Stadt nur als Teil einer lebendigen „experimentellen Demokratie“ auf lokaler Ebene zu denken ist.

Zeit und Raum in der Lebenswelt

■ **Zeitverwendungsmuster und Raumnutzung**

Die tradierten Bewegungsmuster in Raum und Zeit verändern sich. Dies ist zurückzuführen auf die zunehmenden disponiblen Zeitbudgets der Individu-

en, den ökonomischen Strukturwandel und die damit verbundene Flexibilisierung von Arbeitszeit bzw. die räumliche Entkopplung von Arbeit und Arbeitsort sowie die wachsende materielle und immaterielle Mobilität, die der Fortschritt im Bereich der Transport- und Kommunikationstechnologien ermöglicht hat. Nach Thomas Sieverts lassen sich dabei soziale Gruppen unterscheiden, die entsprechend ihrer zeitlichen und räumlichen Bindung (an Arbeitsplatz, Familie usw.), ihrer ökonomischen Potenziale und ihrer mentalen bzw. kulturellen Prägungen neue Ansprüche an ihr Wohnumfeld entwickeln. Aufgabe der Stadtplanung wird es sein, diesen sich ausdifferenzierenden Ansprüchen mit neuen Formen der Integration stadträumlicher Funktionen, aber auch der Separation solcher Funktionen zu begegnen.

■ **Wohlstand an Zeit und Raum für Kinder?**

Zeit und Raum werden in heutigen Städten meist über die Köpfe der Kinder hinweg gedacht, verhandelt, gestaltet, verteilt, obwohl der veränderte Umgang mit Raum und Zeit auch für Kinder teilweise einschneidende Veränderungen brachte. So musste etwa das schrittweise, autonome Ergehen und Erspielen der räumlichen Felder um den Wohnsitz herum dem Gefahren-Werden zu immer isolierteren Unterrichts-, Spiel- und sonstigen Punkten weichen. Kinderzeiten werden maßgeblich durch Erwachsene bestimmt; das war auch früher so, doch treten an die Stelle der direkten Machtausübung durch die jeweiligen Autoritätspersonen zunehmend gesichtslose, systembedingte Zwänge. Helga Zeiher beschreibt, welche Strategien Kinder entwickeln, um sich in einer dermaßen verwalteten Umwelt eigenbestimmtes Gestalten und Erleben von Orten und Zeiten zu ermöglichen, sie zeigt auf, wie sich die noch frische konzeptuelle Kategorie des Wohlstands an Zeit und Raum aus Kindersicht ausnehmen könnte.

Schlussfolgerungen

In ihrer Gesamtheit zeigen die Beiträge dieses Bandes, dass die Raum-Zeit-Verhältnisse der westlichen Gesellschaften in einem signifikanten Umbruch begriffen sind, der überaus ambivalente und dabei auch den sozialen Zusammenhalt gefährdende Wirkungen erzeugt. Daraus ergibt sich ein offensichtlicher Analyse- und Gestaltungsbedarf, der dabei aber kaum mehr eindeutige normative Beurteilungsmuster zulässt und mit den herkömmlichen Politikmustern nicht mehr zulänglich zu bewältigen ist.

Im Schlussbeitrag werden die Grundprobleme und Paradoxien der Entwicklung sowie die Auswirkungen der Zeitveränderungen, ihre Folgen für die Nachhaltigkeit und die Raum-Zeit-Verhältnisse noch einmal zusammenfassend beschrieben. Aus den Ergebnissen wird die Notwendigkeit einer integrierten Raumzeitpolitik abgeleitet, deren zentrale Ziele – die zwar durch negative wie auch positive Indikatoren eingegrenzt, nicht aber bereits klar definiert werden können – u.a. Selbstbestimmung, Vermeidung von Diskriminierung und Entwertung von Zeit, Spielräume für gemeinsame Zeiten sowie die Sicherung von Zeitinstitutionen sind. Die zunächst rein zeitpolitisch erscheinenden Ziele haben ihre räumlichen Äquivalente – so entspricht etwa der Optionalität in der Zeit die Offenheit des Raumes, dem zeitlichen Rhythmus die räumliche Nachhaltigkeit, Wahrnehmbarkeit und Identität. Deshalb

sollte Zeitpolitik niemals auf Raumpolitik verzichten. Weitergehend wird aber die Forderung erhoben, Raum- und Zeitpolitik zu „integrieren“. Das heißt, dass Raumgestaltungen nicht allein einer Raum- oder Planungslogik folgen dürfen, sondern in der Weise auf alltägliches Handeln bezogen werden, dass sie geeignet sind, selbstbestimmten individuellen und gemeinsamen Zeitgebrauch im Alltag zu erlauben, zu erleichtern und zu fördern.

In diesem Sinne werden ausgewählte Politikfelder und Handlungsebenen sowie Akteure und neue Akteurskonstellationen beschrieben und neue Prozesse zivilgesellschaftlicher Organisation erläutert. Die abschließend formulierten offenen Fragen und der Forschungsbedarf machen deutlich, dass die Debatte über eine integrierte Raumzeitpolitik noch am Anfang steht.

Weitere Informationen:

Prof. Dr. Dietrich Henckel
Telefon: 030/39001-292
E-Mail: henckel@difu.de

„Raumzeitpolitik“
Hrsg. Dietrich Henckel und
Matthias Eberling
Leske und Budrich, Opladen
ISBN 3-8100-3619-6
Euro 24,90

Bestellung:
über den Buchhandel oder

Telefax: 02171/4907-11
E-Mail:
leske-budrich@t-online.de

Seminarbegleitende Bibliographien

Zu folgenden Themen sind
Bibliographien lieferbar:

Stadtentwicklung und Demographische Umbrüche

Difu-Fachtagung „Kommunen + Regionen in Zeiten demographischer Umbrüche“. Berlin, 24./25.6.02, 62 S., Heft 5/02.

Sicherheit und Ordnung

Seminar des Difu in Kooperation mit der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung: „Sicherheit und Ordnung, Aufgabe von Staat, Kommune und Bürgern“. Berlin, 10.-12.6.02, 68 S., Heft 4/02.

Kommunale Gebäudewirtschaft im Veränderungsprozess

Difu-Seminar „Kommunale Gebäudewirtschaft im Veränderungsprozess. Neue Steuerungsmöglichkeiten – Probleme der Umsetzung.“ Berlin, den 13.-15.5.02, 64 S., Heft 3/02.

Stadtmarketing – Trends und Perspektiven

Difu-Seminar: „Stadtmarketing – Aktuelle Trends und Perspektiven“ Berlin, 3.-5.4.02, 66 S., Heft 2/02.

Kooperative Verwaltung

Difu-Seminar: Kooperative Verwaltung: „Ausgewählte Planverfahren, Moderationstechniken und Konfliktstrategien“ Berlin, 15.-17.4.02, 52 S. Heft 1/02.

Außerdem lieferbar:

- ÖPNV im Wettbewerb
Heft 12/01.
- Bürgergesellschaft und Wirtschaft,
Heft 11/01.
- Perspektiven der Stadtentwicklung,
Heft 10/01.
- Neustrukturierung der Ratsarbeit,
Heft 9/01.
- Wohnen in der Stadt – Urbanes Wohnen
– Wohneigentum, Heft 8/01.
- Umweltverträglichkeitsprüfung in der
Bauleitplanung, Heft 7/01.
- Gartenschauen, historische Gärten und
Parks, Heft 6/01.
- Gebäudewirtschaft – Gebäudemanagement – Facility Management, Heft 5/01.
- Kommunale Wirtschaftsförderung im
Umbruch, Heft 4/01.
- Kommunales Haushalts- und Rechnungswesen, Heft 3/01.
- Zuwanderungs- und Integrationspolitik,
Heft 2/01.

Weitere Informationen:

Dipl.-Ing.
Heidrun Kunert-Schroth
Telefon: 030/39001-297
E-Mail: kunert-schroth@difu.de

Die Bibliographien kosten
8,- Euro pro Stück und können
schriftlich per Post, Fax oder
E-Mail bestellt werden:

E-Mail: vertrieb@difu.de
Telefax: 030/39001-275
Anschrift:
Deutsches Institut für Urbanistik
– Vertrieb –
Postfach 120321
10593 Berlin

Kommunale Gebäudewirtschaft im Veränderungsprozess

Weitere Informationen:

Dipl.-Volksw. Rüdiger Knipp
Telefon: 030/39001-242
E-Mail: knipp@difu.de

Wenn Städte, Kreise und Gemeinden in vielfältiger Form Räume und Gebäude nutzen, um ihre Dienstleistungen vorzubereiten und anzubieten, ist dies nicht nur ein nennenswerter Kostenfaktor, sondern bindet auch erhebliche Vermögenswerte. In Schätzungen wird von einem kommunalen Immobilienvermögen (Gebäude und zugehörige Grundstücke) von 300 bis 350 Mrd. Euro ausgegangen.

Die Motivation zur Neuorganisation der Gebäudewirtschaft ist unabhängig von der Stadtgröße höchst unterschiedlich. Folgende Faktoren haben in den letzten Jahren die Reform der kommunalen Gebäudewirtschaft verstärkt in den Mittelpunkt des Interesses gerückt:

- der anhaltende Zwang zur Haushaltskonsolidierung,
- die Veränderungen im kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen,
- die Bemühungen um die Fortführung der Verwaltungsmodernisierung,
- Reibungsverluste im Zusammenspiel betroffener Ämter oder eine Zersplitterung von Zuständigkeiten,
- Probleme beim Umgang mit dem Instandhaltungsrückstau,
- ökologische Zielsetzungen sowie
- der Druck der bundesweiten Diskussion zur Notwendigkeit effizienterer Strukturen.

Die Umsetzung erweist sich jedoch keinesfalls als Selbstläufer. Die Probleme reichen von der Wahl geeigneter Organisationsmodelle und deren Rechtsformen, über Besitzstandswahrung und die Angst vor Machtverlust, Schwierigkeiten bei der Erfassung- und Bewertung von Gebäuden, fehlende Daten und mangelnde betriebswirtschaftliche Kompetenz bis hin zu kommunalpolitischen und personellen Konsequenzen als Folge der Veränderungen in der Gebäudewirtschaft. Uneinheitlich ist auch der Umsetzungsstand. In einigen Fällen ist eine – inhaltlich selten mit anderen vergleichbare – Pilotphase abge-

schlossen, in anderen existiert eine Projektgruppe. Vielfach wird auch noch auf die Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung gewartet, auf deren Daten dann ein CAFM-System aufsetzen soll.

Mit Hilfe des Benchmarkings ist es möglich, einen ersten Überblick zu erhalten, wie sich die Immobilienkosten im Verhältnis zur Leistung am Markt entwickeln. Problematisch daran ist jedoch, dass die Zielrichtung in der Gebäudewirtschaft bislang nur auf die Verbesserung der Wirtschaftlichkeit und auf Flächenreduktion ausgerichtet war. Selten wurden bisher Soll-Größen quantifiziert, und Wirkungen, Ergebnisse, Strukturen, Prozesse sowie Ressourcen waren häufig noch nicht einbezogen. Aufgrund der bislang nicht sehr differenzierten Zielsetzung in der Gebäudewirtschaft wird der mit der Erfüllung derartiger Anforderungen verbundene hohe Aufwand allerdings noch sehr skeptisch betrachtet. Eine interessante Erweiterung der Betrachtungsweise stellt das IANUS-Projekt dar, bei dem Stadtverwaltungen und Gemeindeverbänden ein Instrument zur Verfügung gestellt werden soll, mit dessen Hilfe die Zufriedenheit mit neu errichteten öffentlichen Einrichtungen im Hinblick auf funktionale, wirtschaftliche und Umweltgesichtspunkte bewertet werden kann.

Als strukturierte Hilfestellung beim Aufbau eines Gebäudemanagements können Normen und Richtlinien dienen, da sie Standards definieren und zur Qualitätssicherung beitragen, indem sie in der Praxis erprobte und bewährte Lösungen und Verfahren beschreiben. Standards im Facility-Management betreffen Begriffsbestimmungen und Leistungsbilder, Kostenstrukturen, EDV-Einsatz, vertragliche Vereinbarungen, Aus- und Weiterbildung und Qualität. Kritisch wird von der Praxis hingegen häufig ihre Eignung für die Qualitätsentwicklung und -verbesserung gesehen.

Durch Nutzung privater Finanzierungsmodelle kann der kommunale Haushalt bei der Durchführung notwendiger Sanierungs- und Neubaumaßnahmen entlastet werden. Die Einsatzmöglichkeiten des Leasings sind sowohl maßnahmenbezo-

gen (beispielsweise Sanierung, Neubau), als auch objektbezogen (zum Beispiel Schulen, Kindergärten, Verwaltungsgebäude, kommunale Wohnungsbestände). Die Vorteile liegen unter anderem im sofortigen Bau- beziehungsweise Sanierungsbeginn, im dauerhaften kommunalen Eigentum und in der dauerhaften Verfügbarkeit über die Objekte, sowie in der Möglichkeit der Kommune, sich auf ihr „Kerngeschäft“ zu konzentrieren. Ob sich andere häufig genannte Vorteile wie Bau- und Betriebskostenvorteile, Kosten- und Terminalsicherheit und im Vergleich zum Kommunalkredit geringe Zinslasten tatsächlich realisieren lassen, hängt von den spezifischen Gegebenheiten vor Ort ab und bedarf unbedingt einer genauen Einzelfallprüfung.

Da Ökonomie und Ökologie zunehmend nicht mehr isoliert betrachtet werden und die Kostensenkung einer der Hauptgründe für die Neuorganisation des Gebäudemanagements ist, gewinnt das Energiemanagement immer mehr an Bedeutung. Die Kenntnis über die Energiekosten und des Energieverbrauchs ist Voraussetzung für den optimalen Energieeinkauf, die Vertragsgestaltung und die Finanzplanung. Notwendig für einen effizienten Energieeinsatz sind allerdings nutzungsbezogene Energiekonzepte und ein energetisches Baucontrolling auf der Grundlage von Gebäudeanalysen, Energiekennzahlen und der Erfassung und Bewertung von Energieverbrauchsanlagen.

Der Nutzen der mittlerweile vielfältigen Einsatzmöglichkeiten einer FM-Software (zum Beispiel im Bereich des Flächen-/Belegungsmanagements, des Störungs-/Instandhaltungsmanagements, der Inventarisierung und der Verbrauchsdaten-/Kostenerfassung und Nebenkostenabrechnung) liegt unter anderem darin, strategisches und kostenbewusstes Handeln zu fördern, Schwachstellen durch kontinuierliche Auswertung von Daten aufzudecken und Entscheidungshilfen für bauliche Unterhaltung und Investitionen zu liefern. Wichtig ist bei der Einrichtung der Datenbanken aber, sich von Beginn an auf die unbedingt notwendigen Daten zu konzentrieren und nicht der Versuchung zu unterliegen, alle denkbaren, aber nicht unbedingt notwendigen Daten zu erfassen.

Als ernüchternd werden die Erkenntnisse und Perspektiven des Gebäudemanagements vielfach aus der Sicht jener Kommunen betrachtet, die ihre Gebäudewirtschaft bereits anforderungsgerechter gestaltet haben: So werde den hohen Erwartungen häufig kaum entsprochen, da die Finanzmittel auch weiterhin fehlen und immobilienbezogene Strategien kaum er-

kennbar sind. Die für den öffentlichen Sektor erforderlichen, teilweise gravierenden Prozessveränderungen und die damit verbundene Neuregelung von Kompetenzen zählen zu den größten Hemmnissen. Der enge Bezug zum Neuen Steuerungsmodell, dessen Einführung wegen seiner Komplexität ein längerfristiges Projekt zu sein scheint als vielfach angenommen, erweist sich deshalb als problematisch, weil dieser Prozess aufgrund tagespolitischer Entscheidungen auch politischen Kurswechseln unterliegt, die das Vertrauen in die Neuerungen nicht gerade stärken. Der das Gesamtkonzept der Neuen Steuerung zunehmend negativ beeinflussende Umstand, dass es insgesamt an einer klaren politischen Zielsetzung und Zielpriorisierung mangelt, schlägt sich auch beim Gebäudemanagement nieder. So sehr Einmütigkeit über die Notwendigkeit der Reform herrscht, so uneinheitlich sind die Einschätzungen über die Entwicklungschancen.

Dennoch besteht ein breiter Konsens darüber, dass das Lernen am Projekt sinnvoller ist als die Suche nach dem Königsweg. Angesichts der gravierenden finanzwirtschaftlichen Folgen der traditionellen Immobilienverwaltung duldet ein auf der Grundlage einer klaren Zielsetzung konzipiertes, produktivitäts-, effizienz- und qualitätssteigerndes und kostensenkendes Immobilienmanagement keinen Aufschub. Mit der einmaligen Umstrukturierung ist es jedoch nicht getan, denn auch neue Organisationsformen sind einer ständigen Optimierung zu unterziehen. Immer wieder treten Probleme wie nicht oder nicht sinnvoll definierte Schnittstellen, lange interne und externe Durchlaufzeiten oder Kommunikationsprobleme bei Prozessveränderungen auf, die die Akzeptanz schlüssiger Lösungen gefährden, wenn sie nicht ständig optimiert werden. Erwerbswirtschaftliche Modelle können unter Würdigung der für sie geltenden Voraussetzungen allenfalls eine grobe Orientierung für den öffentlichen Sektor geben.



Jugendhilfe und soziale Stadtteilentwicklung

Jugendhilfejahrestreffen in Nürnberg

Auf Einladung der Stadt Nürnberg trafen sich am 10. Juni 2002 Jugendamtsvertreterinnen und -vertreter aus Difu-Mitgliedstädten zum 16. Jugendhilfe-Jahrestreffen. Diskutiert wurde nicht nur über das Thema „Jugendhilfe und soziale Stadtteilentwicklung“ im Zusammenhang mit den Erfahrungen der Projekte des „Soziale Stadt“-Programms, sondern auch über die Regionalisierung der Jugendhilfe sowie die Neuorientierung der Gemeinwesenarbeit in den Stadtteilen. Von besonderem Interesse war die Rolle, die die Jugendhilfe der Stadtteilorientierung in ihrer Arbeit einräumt und die Position, welche ihr in den gemeinsam mit dem Stadtplanungsamt betriebenen Projekten von anderer Seite eingeräumt wird. Es ging auch um die Frage, wie weit es der Jugendhilfe gelingt, ihre Methodik und Organisationsformen bei der Entwicklung von Kommunikation und Verfahren zum Nutzen der sozialen Stadtteilentwicklung einzubringen. Das Werkstattgespräch gliederte sich in zwei thematische Runden, die erste Runde bestand aus Stadtbeiträgen zu Soziale Stadt-Projekten und Evaluationsergebnissen zum korrespondierenden „E+C-Programm“ des BMFSFJ, vorgetragen durch das Deutsche Jugendinstitut (DJI), München. In der zweiten Runde standen Beiträge zu „aktivierender Jugendhilfeplanung“, zum Stand der „Regionalisierung sozialer Arbeit“ sowie zu „Entwicklungsmanagement als Kommunikationsprozess und Ressourcensteuerung“ im Vordergrund.

Im Vergleich zeigte sich, dass die Einzelbeispiele – einerseits des Soziale Stadt-Projekts in Nürnberg (Siedlung Nordostbahnhof) und andererseits das integrierte Projekt Hamm-Norden – sehr unterschiedliche Zugangsweisen, Konzepte und Verankerungen der Jugendhilfe im Stadtteilprojekt aufweisen. In Nürnberg erarbeiteten Stadtplanung und Jugendhilfeplanung parallel Stadtteilanalysen und kamen dabei zu gleichen Befunden: Neben den Mängeln in der baulichen Struktur fehlt es im Gebiet Nordostbahnhof vor allem an Infrastrukturangeboten für Kinder und Jugendliche und Nachbarschaftshilfen für Ältere. Hier ist die Stadt mit hoher Professionalität und fachlicher Gründlichkeit eingestiegen und bringt für den Ausbau der Infrastruktur rund fünf Mio. Euro in

zehn Jahren auf. Ergänzt wird das Angebot durch Kinderbeteiligungsprozesse, Aufbau von ehrenamtlichen Helferkreisen und Ausbildungsprojekte für Jugendliche.

Das Soziale Stadt-Projekt in Hamm Norden entstand aus einem Jugendhilfe-Projekt zur Prävention von Jugendgewalt im Stadtteil, initiiert durch eine Schule. Die Jugendhilfe hat daraus ein grundsätzliches Modell geschaffen, in dem Stadtteilarbeit als strategische Ausrichtung der wichtigen kommunalen Handlungsfelder verstanden wird. Zu dieser Strategie gehören folgende Elemente: Verortung der sozialen Dienste im Stadtteil, ressortübergreifender Ansatz, Organisations- und Personalentwicklung, fachlich-konzeptionelle Anpassung an die Stadtteilgegebenheiten, stärkere Bürgerbeteiligung, Stadtteilbudget, unabhängiges Stadtteilgremium, Stadtteilmarketing und Außen-darstellung.

Der Vergleich der Konzepte zeigt, dass es in Bezug auf die Rolle und Position der Jugendhilfe im Stadtteil unterschiedliche Gewichtungen gibt. Dies hat sich auch im DJI-Bericht über die ersten Evaluationsergebnisse im E+C-Programm gezeigt, die sich vor allem mit den Kooperationen von Einrichtungen in den Modellgebieten mit kommunalen und staatlichen Ämtern, Initiativen und Fachausschüssen befassen. Vernetzung und Kooperation im Stadtteil gelingen am besten über die fachlichen Bezüge innerhalb der Jugendhilfe und konzentrieren sich meist auf projektorientierte Anlässe. Dies trifft vor allem auf die Hauptakteure im Stadtteil zu, auf Jugendamt, Schule, Polizei, Arbeitsamt und nachrangiger auf Quartiermanagement und Stadtplanung. In welchen Netzstrukturen dies im Einzelnen geschieht, wurde anhand von drei Typen dargestellt.

Typ 1 hat zwei Teilnetze, die jeweils um Jugendamt und Stadtplanungsamt herum gruppiert sind und als gemeinsames Netzelement den Stadtteilgesprächskreis haben, aber nicht direkt von Amt zu Amt miteinander kooperieren sondern nur auf Stadtelebene. Typ 2 hat als Nukleus einen Arbeitskreis „Jugend“, an dem sich im Stadtteil lokale Initiativen, freie Träger, Kirche, Polizei, Quartiermanagement und Schule anbinden. Das Jugendamt hat da-

zu nur eine relative Nähe, da es nicht direkt zu dem Arbeitskreis gehört. Im Typ 3 nimmt. Das Jugendamt über Steuerungsgruppe und Quartiermanagement ebenfalls nur indirekt auf die Projekte der Jugendhilfe im Quartier Einfluss. Diese vorläufigen Ergebnisse werden noch in einer Totalerhebung zu validieren sein.

Wie eine Stadt ohne den finanziellen Motor des Soziale Stadt-Programms dennoch zu sozialen Entwicklungen im Stadtteil beitragen kann, stellte das Sozialdezernat der Stadt Karlsruhe vor: Hier wurden insgesamt mit großem Erfolg ämterübergreifend neue Konzepte zur Verbesserung der Lebenslagen von Aussiedlerjugendlichen, zur Verminderung der Quote der Schulverweigerer und zur Stärkung der Identität der Jugendlichen, geschaffen durch den Aufbau von russisch sprechenden Trainingsgruppen (zum Teil mit russischen Sportarten und Trainern) und Vereinen im sportlichen Bereich.

Ein weiteres Modell stellte die Stadt Pforzheim vor, wo ebenfalls unabhängig von Soziale Stadt-Mitteln Stadtteilentwicklung gefördert wird. Mit einer übergreifenden Kooperationsstruktur wird versucht, die Fragen der Kinder- und Schülerbetreuung in belasteten Stadtteilen zu lösen. Der Begriff „aktivierende Jugendhilfeplanung“ steht für eine Aktivierung von Sozialen Diensten durch die vor Ort vorhandenen Freien Träger, sozialen Organisationen und ehrenamtlichen Helfer. Die Selbststeuerung des Sozialraums wird damit nicht erreicht, aber die Sozialräume werden als Verantwortungsräume für die Bewohner sichtbar: Teilweise Selbstgestaltung und Selbststeuerung von Jugendhilfeleistungen werden realisiert, ohne das Wächteramt des Jugendamtes anzutasten.

„Regionalisierung der Jugendhilfe“ wurde im Beitrag der Situation der Stadt Mannheim dargestellt. Die Organisation der sozialen Dienste ist unterschiedlich stark regionalisiert. Selbst wenn zwei Drittel der Dienste inzwischen eine regionalisierte Orientierung haben und auch Gemeinwesenaspekte verfolgen, ist nur ein Drittel auch in den Regionen vor Ort vertreten.

Der Beitrag aus der Stadt Magdeburg befasste sich mit dem „Entwicklungsmanagement als Kommunikationsprozess und Ressourcensteuerung“. Anders als Mannheim hat die Stadt Magdeburg den Regionalisierungsprozess mit dem Aufbau von fünf Sozialzentren bereits abgeschlossen. Ziel der Strukturveränderung war neben einer Aufgabenneuverteilung die Verlagerung von Entscheidungskompetenzen auf die bürgernächste und wohnortnahe Ebene, die Dienstleistungsorientierung in der



Jugendhilfe, die Organisation der Hilfe zur Erziehung als ganzheitlicher Beratungs- und Unterstützungsprozess, die Bündelung der Durchsetzung von Jugendamtsaufgaben und die Ausrichtung der Struktur an den Leitlinien Wirtschaftlichkeit, Bürgernähe und Dienstleistung. Außerdem verfolgt das Jugendamt in Kooperation mit der KGSt ein Konzept von strategischem Management auch in der Stadtteilentwicklung, das zentrale Forderungen der Verwaltungsreform einlöst.

Insgesamt kann festgestellt werden, dass die Jugendhilfe bei den sozialen Stadtteilprojekten mit einem erweiterten Leitbild arbeitet, dazu gehört auch die Neubewertung der Gemeinwesenarbeit. Die Anzahl der Akteure hat sich vergrößert, alle im Stadtteil vorhandenen Gruppierungen kommen prinzipiell in Frage, wenn auch die staatlichen Einrichtungen (Schule, Polizei, Arbeitsamt) eine herausragende Rolle spielen. Die Forderung nach mehr Bürgernähe und das Verständnis vom Sozialraum als Lebensraum werden zum neuen Leitbild. Die Verwaltungsreform, mit ihren Aspekten Budgetierung, Controlling, Evaluation, Monitoring und Nachhaltigkeit, war bei den vorgestellten Projekten mehr oder weniger vollständig präsent. Kleineräumige Daten sind meist nicht vorhanden, hier besteht noch Entwicklungsbedarf. Das Wächteramt des Jugendamts ist in all diesen Regionalisierungsprozessen ausgesprochen wichtig und darf nicht ausgehöhlt werden. Bei allen Veränderungsprozessen muss der politische Rückhalt beachtet werden. Deshalb erfordert soziale Stadtteilentwicklung ein politisch sensibles, strategisches Management und eine Vermarktung der Erfolge zur Gewinnung politischer Promotoren.

Weitere Informationen:

Dipl.-Ing Heidrun Kunert-Schroth
Telefon: 030/39001-297
E-Mail: kunert-schroth@difu.de

Soziale Stadtteilentwicklung geht alle an!

Das Bund-Länder-Programm Soziale Stadt: Folgerungen für die Weiterentwicklung aus den Erfahrungen der Programmbegleitung vor Ort in den 16 Modellgebieten

Gemeinsames Resümee-Papier der Programmbegleitung vor Ort-Teams (PvO)

Berlin-Kreuzberg – Kottbusser Tor
 Stadtforschung + Sozialplanung
 Kurfürstendamm 123
 10711 Berlin
 • Dr. Ingeborg Beer

Musch Unternehmensberatung
 Linienstraße 21
 10178 Berlin
 • Dr. Reinfried Musch

Bremen – Gröpelingen
 Deutsches Institut für Urbanistik
 Straße des 17. Juni 112, 10623 Berlin
 • Dipl.-Geogr. Thomas Franke
 • Dipl.-Ing. Ulrike Meyer

Cottbus – Sachsendorf-Madlow
 Institut für Regionalentwicklung und
 Strukturplanung (IRS),
 Flakenstraße 28-31
 15537 Erkner
 • Dipl.-Ing. Kerstin Jahnke
 • Thomas Knorr-Siedow M.A.
 • Dipl.-Geogr. Britta Trostorf

Flensburg – Neustadt
 plankontor GmbH
 Am Born 6B
 22765 Hamburg
 • Dipl.-Ing. Matthias Frinken
 • Helga Rake

Gelsenkirchen – Bismarck/
 Schalke-Nord
 Arbeitsgruppe Bestandsverbesserung
 (AGB) am Institut für Raumplanung
 (IRPUD) der
 Universität Dortmund
 44221 Dortmund
 • Dipl.-Ing. Marcelo Ruiz
 • Dipl.-Ing. Matthias Sauter

Institut für Landes- und
 Stadtentwicklungsforschung
 des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS),
 Deutsche Straße 5, 44339 Dortmund
 • Dipl.-Ing. Klaus Austermann

Von Sommer 2000 bis Ende April 2002 fand in den 16 Modellgebieten des Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ (für jedes Bundesland ein Gebiet) die so genannte Programmbegleitung vor Ort (PvO) statt. Die zentralen Aufgaben der PvO bestanden in der begleitenden und dokumentierenden Untersuchung der Programmumsetzung sowie der Übernahme von unterstützenden Funktionen für die Arbeit vor Ort. Die Ergebnisse sind in dem Begleitband zum Zwischenbilanz-Kongress Soziale Stadt im Mai 2002 sowie in den Endberichten der PvO-Teams dokumentiert. Weitere Berichte und Bilanzen zum Programm Soziale Stadt sind an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen und daher nicht Gegenstand dieses Beitrags.

Ziel des vorliegenden Textes ist es, im Sinne einer Zusammenfassung von Erfahrungswerten einige wesentliche von den PvO-Teams festgestellte Hindernisse und Erschwernisse für eine effektive Umsetzung des Programms Soziale Stadt sowie denkbare Maßnahmen zu ihrer Überwindung aufzuzeigen. Dass die hier aufgestellten Anforderungen in nicht wenigen Gebieten bereits erfüllt sind, nimmt ihnen nichts von ihrer generellen Bedeutung. Wir richten uns daher an alle für die Soziale Stadt verantwortlichen Personen auf den Ebenen des Bundes, der Länder sowie der Städte und Gemeinden mit dem Ziel, Impulse für die effektive Umsetzung des Programms und seine Weiterentwicklung zu geben.

1. Erfolge des Programms

Die noch kurze Programmlaufzeit (seit 1999) ist Grund dafür, dass Erfolge und Wirkungen in den meisten Modellgebieten erst in Ansätzen erkennbar sind. Eine Ausnahme bilden Gebiete, in denen ein Vorlauf durch die Umsetzung eines vergleichbaren Landesprogramms oder von Sanierungsmaßnahmen mit integrierten Erneuerungsansätzen bestand. Hier wurden bereits vor dem Start des Bund-Länder-Programms die örtlichen Lebensverhält-

nisse durch zahlreiche innovative und integrierte Maßnahmen sowie Projekte verbessert oder zumindest der Grundstein hierfür gelegt.

In den Programmgebieten ohne Vorlauf führen die neue Aufmerksamkeit für die Lebens- und Wohnverhältnisse in den Quartieren der Sozialen Stadt und die intensivere öffentliche Diskussion von Problemen und Potenzialen vielerorts zu einer Aufbruchstimmung. Diese Stimmung wird vor allem dort noch zusätzlich unterstützt, wo Netzwerke innerhalb der Bevölkerung und zwischen den lokalen Akteuren entstanden sind sowie weiterentwickelt werden oder wo die Realisierung von Maßnahmen bis hin zu Schlüsselprojekten bereits zu einer sichtbaren Verbesserung der Situation in den Gebieten geführt hat.

In den kommunalen Verwaltungen werden – durch das Programm initiiert oder unterstützt – neue Organisations-, Kooperations- und Managementformen erprobt. Hierzu gehören vor allem die Einrichtung von ressortübergreifenden Arbeitsgruppen sowie von lokalem Quartier- bzw. Stadtteilmanagement – eine Voraussetzung für den Aufbau problemadäquater und längerfristig tragfähiger Organisationsstrukturen und damit Motor und Schlüsselinstrument für die Umsetzung des Programms. Dabei werden Lernprozesse in Gang gesetzt, die sich auf das Miteinander im Quartier, auf integrierte Ansätze zur Problemlösung – z.B. durch die gezielte Verknüpfung von baulichen Projekten mit Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen – und auf die Erarbeitung und Fortschreibung von integrierten Handlungskonzepten beziehen. In diesem Zusammenhang findet eine deutliche Ausweitung der Handlungsfelder gegenüber der traditionellen Stadterneuerung statt: soziale, beschäftigungspolitische, wirtschaftliche und kulturelle Projekte gewinnen neben baulich-städtebaulichen Maßnahmen zunehmend an Bedeutung.

Aktivierungs- und Beteiligungsstrukturen sind in allen Gebieten aufgebaut worden.

Dort, wo bereits Verfügungsfonds eingerichtet wurden und dadurch die schnelle und unbürokratische Umsetzung von kleineren Projekten und Maßnahmen ermöglicht wird, zeigt sich, dass eine Verlagerung von Entscheidungsbefugnissen in die Quartiere Aktivitäten und Engagement in der Bevölkerung weckt und stützt. Verfügungsfonds erweisen sich als ein wichtiges Element für eine längerfristige Aktivierung der Bevölkerung.

Häufig ist es gelungen, für die Finanzierung von Maßnahmen und Projekten zusätzlich zu den Mitteln aus dem Programm Soziale Stadt eine Vielzahl unterschiedlicher Förderprogramme mit zum Teil erheblichem Finanzumfang in die Gebiete zu lenken. Deren Bündelung ist allerdings für die zuständigen Akteure auf kommunaler Ebene in der Regel mit einem sehr hohen Koordinationsaufwand verbunden.

2. Anforderungen an die weitere Entwicklung und Umsetzung des Programms

Neben diesen Erfolgen des Programms lassen sich aber auch einige Probleme und Restriktionen bei der Umsetzung identifizieren, denen mit veränderten Herangehensweisen auf allen daran beteiligten Ebenen von Bund, Ländern und Gemeinden sowie von lokal relevanten Akteuren begegnet werden kann.

a) Ebene der Städte und Gemeinden

Auf Verwaltungsebene ist der Umgang zwischen den Ämtern, Bereichen oder Abteilungen in vielen Gemeinden nach wie vor zu stark darauf ausgerichtet, die jeweils eigenen Ressortinteressen durchzusetzen. Der Lernprozess hinsichtlich neuer Kooperations- und Organisationsformen scheint in diesen Verwaltungen noch nicht abgeschlossen zu sein. Ziel muss es daher sein, in allen beteiligten Kommunen ein ressortübergreifendes gebietsbezogenes Verständnis von Verwaltungshandeln zu etablieren.

Eine Grundvoraussetzung für den Erfolg des Programms Soziale Stadt ist die Kooperation zwischen verschiedenen Akteuren in der Verwaltung, im intermediären Bereich sowie zwischen Verwaltung und Quartier. Dazu gehört unter anderem die Verlagerung von bestimmten Entscheidungskompetenzen auf Institutionen oder Gremien vor Ort, damit diese beispielsweise über kleinere Investitionen oder sonstige quartiersbezogene Maßnahmen eigenständig befinden können.

Zur Sicherung der nötigen politischen Rückendeckung für die oft unkonventionellen Maßnahmen und Vorgehensweisen zur Umsetzung des Programms ist eine

Einbeziehung der örtlichen Politik unabdingbar.

Verstärkte Anstrengungen in Richtung Aktivierung sind nötig, weil es in allen Modellgebieten nach wie vor Bevölkerungsgruppen gibt, die bisher schwer oder gar nicht erreicht worden sind. Außerdem kann in einigen Gebieten beobachtet werden, dass von mehr oder weniger herkömmlichen Teilnehmungsangeboten – wie beispielsweise Foren – in starkem Maße aktivierende Effekte erhofft werden, die sich in der Realität allerdings meist nur spärlich einstellen. Daher muss mehr als bisher und in jeweils angemessener Weise – z.B. im Rahmen einer aktivierenden Gemeinwesenarbeit – auf die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen zugegangen werden, um die Interessen möglichst der gesamten Quartiersbevölkerung organisieren zu können. Möglichkeiten, kleinere Maßnahmen schnell zu realisieren (Verfügungsfonds), sind hierfür ein wichtiges Hilfsmittel.

Eine weitere unabdingbare Voraussetzung für Aktivierung ist die Einrichtung eines Vor-Ort-Büros mit qualifiziertem Personal, Personalkontinuität und anforderungsgerechter Ausstattung; Erreichbarkeit vor Ort muss gewährleistet sein. Darüber hinaus sind quartiersbezogene Teilnehmungsstrukturen unter Einbezug von Politik, Verwaltung, Wohnungsunternehmen, Trägern der freien Wohlfahrtspflege, Markt und „Zivilgesellschaft“ notwendig, um unterschiedliche Interessen im und am Quartier abgleichen und die verschiedenen Handlungspotenziale aktivieren zu können.

Insbesondere die Erstellung integrierter Handlungskonzepte wird von vielen Gemeinden bislang noch zu wenig als dialogorientierter Prozess zwischen allen Beteiligten verstanden. Wenn eine Rückkopplung mit den lokalen und lokal wirksamen Akteuren erfolgt, ist sie häufig zu wenig ergebnisoffen. Auch die Einbindung der integrierten Handlungskonzepte in gesamtstädtische Perspektiven muss in den meisten Fällen noch deutlich verbessert werden.

b) Ebene der Länder

Sehr hinderlich für die Umsetzung des Programms ist die Unsicherheit in vielen Kommunen, inwieweit Mittel der Sozialen Stadt auch für bestimmte nichtinvestive Maßnahmen eingesetzt werden können. Es sollte daher generell von Landesseite klar gestellt werden, dass die Möglichkeit des Mitteleinsatzes nicht auf die Finanzierung von Quartier- bzw. Stadtteilmanagement beschränkt ist, sondern auch für Verfügungsfonds, Öffentlichkeitsarbeit und Fortbildungsveranstaltungen besteht,

Halle – Silberhöhe
empirica GmbH
Kurfürstendamm 234
10719 Berlin
• Dipl.-Biol. Stefan Geiss
• Dipl.-Geogr. Julia Kemper
• Dr. Marie-Therese Krings-Heckemeier

Hamburg-Altona – Lurup
Technische Uni Hamburg-Harburg
Arbeitsbereich 1-06
Stadt- und Regionalsoziologie
Woellmerstraße 1
21071 Hamburg
• Prof. Dr. Ingrid Breckner
• Dipl.-Soz. Toralf Gonzalez
• Dr. Heike Herrmann
• Prof. Dr. Dieter Läßle

Hannover – Vahrenheide-Ost
Arbeitsgruppe für interdisziplinäre
Sozialstrukturforschung der
Universität Hannover (agis)
An der Christuskirche 18,
30167 Hannover
• Dipl.-Geogr. Esther Bartnick
• Prof. Dr. Heiko Geiling
• Dipl.-Sozialwiss.
Claudia Heinzelmann
• Thomas Schwarzer, M.A.

Kassel – Nordstadt
Arbeitsgruppe Dialogische Planung
Fachbereich Stadt- und Landschaftsplanung
Universität Gesamthochschule Kassel
Henschelstraße 2
34127 Kassel
• Dr. Christine Mussel
• Antonia Vettermann

Forschungs- und Entwicklungsgesellschaft
Hessen mbH (FEH),
Abraham-Lincoln-Straße 38-42
65189 Wiesbaden
• Dipl.-Ing. Peter Kreis

Leinefelde – Südstadt
Weeber + Partner Institut für
Stadtplanung und Sozialforschung
Emser Straße 18, 10719 Berlin
Mühlrain 9, 70180 Stuttgart
• Dr. Martina Buhtz
• Dr. Heike Gerth
• Dr. Margit Lindner
• Dr. Rotraut Weeber

Leipzig – Leipziger Osten
Deutsches Institut für Urbanistik
Straße des 17. Juni 112
10623 Berlin
• Dipl.-Ing. Christa Böhme
• Dipl.-Geogr. Thomas Franke

Ludwigshafen – Westend
Institut für Entwicklungsforschung
Wirtschafts- und Sozialplanung
(isoplan)
Martin-Luther-Straße 20,
66111 Saarbrücken
• Dipl.-Soz. Delia Schröder
• Dr. Manfred Werth

Neunkirchen – Innenstadt
Forschungs- und Informations-
Gesellschaft für Fach- und
Rechtsfragen der Raum- und
Umweltplanung mbH (FIRU)
Bahnhofstraße 22
67665 Kaiserslautern
• Dipl.-Ing. Sabine Herz
• Dipl.-Ing. Andreas Jacob
• Dipl.-Ing. Sonja Mazak
• Dipl.-Ing. Martina Pauly

Nürnberg – Galgenhof-Steinbühl
Deutsches Institut für Urbanistik
Straße des 17. Juni 112,
10623 Berlin
• Dipl.-Geogr. Cathy Cramer
• Dipl.-Ing. Wolf-Christian Strauss

Schwerin – Neu-Zippendorf
Deutsches Institut für Urbanistik
Straße des 17. Juni 112
10623 Berlin
• Dipl.-Geogr. Cathy Cramer
• Dipl.-Volksw. Ulla-Kristina
Schuleri-Hartje

Singen – Langenrain
empirica GmbH
Kurfürstendamm 234
10719 Berlin
• Dipl.-Biol. Stefan Geiss
• Dipl.-Geogr. Meike Heckenroth
• Dr. Marie-Therese Krings-Heckemeier

wenn dies zur Vorbereitung, Begleitung und langfristigen Absicherung sowie Akzeptanz von Investitionen erforderlich ist.

Deutlich sichtbar sind Defizite im Bereich der Mittelbündelung: Hinderlich ist hier vor allem die Nicht-Kompatibilität verschiedener Fördermittel, die unterschiedliche und teilweise kurze Laufzeit der Förderprogramme, aber auch eine mangelhafte Transparenz der Mittelflüsse. Dadurch kommt es auf kommunaler und auf Gebietsebene zu erheblichem Koordinationsaufwand und Personalbedarf. Notwendig ist daher eine stärkere Harmonisierung der relevanten Politikbereiche und Förderprogramme auf Landesebene sowie eine größere Bereitschaft insbesondere der für soziale Belange verantwortlichen Ressorts, Maßnahmen und Projekte im Rahmen Integrierter Stadtteilprogramme mit eigenen Mitteln zu fördern.

Da das Aufbringen der kommunalen Komplementärfinanzierung für einige Gemeinden wegen ihrer prekären Finanzsituation schwierig ist, sollte erwogen werden, in diesen Fällen den Eigenanteil zu verringern oder zu erlauben, sich der finanziellen Hilfe Dritter, etwa von Wohnungsunternehmen, zu bedienen.

Um einen höheren Qualitätsstandard der Programmumsetzung zu erreichen, sollten die Länder Fördervoraussetzungen aufstellen, mit denen stärker als bisher darauf hingewirkt wird, dass die Erarbeitung und Fortschreibung eines Integrierter Handlungskonzepts, der Aufbau bürgerorientierter Management- und Organisationsformen sowie Monitoring und Evaluation tatsächlich realisiert werden.

Um die Städte und Gemeinden bei der Programmumsetzung stärker konzeptionell zu unterstützen, sollten von Landesseite Strukturen für einen kontinuierlichen Erfahrungsaustausch geschaffen, systematische Informationen über Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten sowie

Arbeitshilfen – unter anderem zur Erstellung Integrierter Handlungskonzepte und zum Aufbau von Monitoringsystemen und Evaluationsinstrumenten – bereitgestellt werden.

c) Ebene des Bundes

Die Erfahrungen haben gezeigt, dass aufgrund der teilweise sehr schwierigen Ausgangslage in den Gebieten eine vergleichsweise lange Umsetzungsphase notwendig ist. Auch besteht in vielen anderen, bisher nicht in das Programm Soziale Stadt aufgenommenen Gebieten ebenfalls ein Bedarf an finanzieller Unterstützung Integrierter Stadtteilentwicklung. Deshalb sollten sowohl eine Verstärkung als auch eine Mittelerhöhung des Programms angestrebt werden. Entscheidendes Ziel muss es dabei bleiben, in den Programmgebieten den Einsatz von Fördermitteln aus allen relevanten Fachressorts zu erreichen und die Soziale Stadt damit auf eine breite ressortübergreifende Finanzierungsbasis zu stellen.

Zu diesem Zweck ist auch auf Bundesebene eine stärkere Harmonisierung und Raumorientierung verschiedener Politikbereiche und Förderprogramme notwendig. An die Vergabe von Fördermitteln, die sich auf die Problemlagen in benachteiligten Quartieren beziehen, sollte verstärkt die Auflage geknüpft werden, diese vorrangig in Programmgebieten der Sozialen Stadt einzusetzen. Auch sollte der Bund die Vergabe von Mitteln aus dem Programm Soziale Stadt an die Länder ausdrücklich an die im Leitfaden der ARGEBAU enthaltenen Anforderungen zur Umsetzung des Programms knüpfen.

Für die Umsetzung und Weiterentwicklung des Bund-Länder-Programms sollten schließlich die Unterstützungsangebote des Bundes zum bundesweiten und internationalen Erfahrungsaustausch aufrechterhalten und erweitert werden.

Weitere Informationen:

**Dipl.-Volksw.
Ulla-Kristina Schuleri-Hartje**
Telefon: 030/39001-234
**E-Mail:
schuleri-hartje@difu.de**

Weitere Informationen:

Sybille Wenke-Thiem
Telefon: 030/39001-208/-209
Telefax: 030/39001-130
**E-Mail:
wenke-thiem@difu.de**
<http://www.difu.de/difu-news/>

Difu-Berichte online erhalten

Auf Wunsch informieren wir Sie per Mail über das Erscheinen der Difu-Berichte. Alle Berichte-Texte stehen bereits vor dem Erscheinen der Printausgabe sowohl im HTML- als auch im PDF-Format zur Verfügung. Das Archiv reicht zurück bis zum Heft 1-1996. Alle Hefte können über eine Suchfunktion auf der Difu-Homepage nach bestimmten Stichwörtern durchsucht werden. Mit dem E-Mail-Newsletter erhalten Sie auch Infos über Fortbildungs-

veranstaltungen, Presseinfos sowie Difu-Forschungsprojekte

Interessenten geben in der Rubrik „Newsletter-Abo“ auf der Difu-Homepage oder unter <http://www.difu.de/difu-news/> einfach ihre E-Mail-Adresse ein und bekommen ab diesem Zeitpunkt die elektronische Difu-Post, die anhand von Links den Zugang zu den Informationen ermöglicht.

Energiemanagement in der Praxis

Dokumentation des 7. Deutschen Fachkongresses der kommunalen Energiebeauftragten in Hamburg

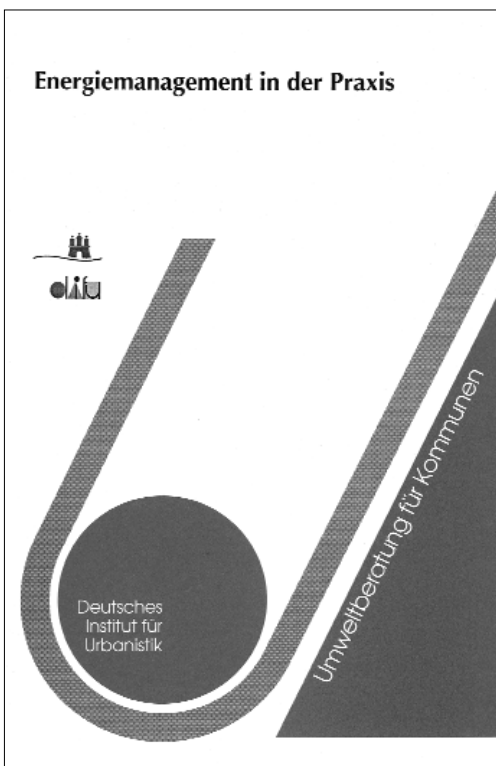
In Kommunen werden etwa 20 bis 25 Prozent des Verwaltungshaushalts für gebäude- oder grundstücksbezogene Positionen ausgegeben. Von diesen Kosten entfallen etwa 23 Prozent auf den Betrieb der Immobilien, davon wird knapp ein Viertel für Strom, Heizung und Warmwassererzeugung aufgewendet. Dies mag zwar prozentual wenig ins Gewicht fallen; betrachtet man jedoch absolute Zahlen, so handelt es sich bei diesen Energiekosten um Beträge, die je nach Stadtgröße im zweistelligen Millionenbereich liegen. Durchschnittlich geben Kommunen für die energetische Bewirtschaftung ihrer Liegenschaften 20 bis 70 Euro je Einwohner aus. Bei Betrachtung dieser Beträge wird deutlich, welche Bedeutung die Beschäftigung mit der Art und Weise der Energieerzeugung und des Energieverbrauchs für eine Kommune hat. Experten sprechen von einem relativ kurzfristig erschließbaren Einsparpotenzial und setzen es mit etwa 25 Prozent an – allein durch die Einführung eines systematischen, dauerhaften Energiemanagements und durch die Umsetzung wirtschaftlicher Energiesparmaßnahmen.

Um diese Potenziale erschließen zu können, beschäftigen immer mehr Kommunen – unabhängig von ihrer Größe – darauf spezialisiertes Personal, so genannte kommunale Energiebeauftragte. Obwohl die Notwendigkeit ihrer Arbeit auf der Hand liegt, schwimmen die Energiebeauftragten offenbar oft gegen den Strom und müssen sich mit einer Reihe von verwaltungsinternen Hindernissen auseinandersetzen. Wie sie trotz dieser Hindernisse Energiespar- und damit Kostensparpotenziale für ihre Städte erschließen, ist in der vorliegenden Dokumentation des 7. Deutschen Fachkongresses der kommunalen Energiebeauftragten anhand verschiedener Beispiele dargelegt und zusammengefasst.

Im Mittelpunkt des Erfahrungsaustauschs stand das Thema „Heizenergieeinsparung“: Die Beiträge der kommunalen Experten orientierten sich an folgenden Unterthemen:

- effiziente Energieversorgung von Gebäuden,
- Sanierung von Heizungs- und Lüftungsanlagen,
- Steuern und Regeln von Heizungs- und Lüftungsanlagen,
- Wärmedämmung von Gebäuden,
- Finanzierung und Wirtschaftlichkeit der verschiedenen Maßnahmen,
- nicht investive Maßnahmen zur Heizenergieeinsparung.

Bei den Beiträgen handelt es sich teilweise um Vortragsmanuskripte der Referenten, teilweise um Zusammenfassungen einzelner Workshops. Sie alle geben Hinweise darauf, wie vielschichtig die Aufgaben des kommunalen Energiemanagements sind und wie wichtig es ist, Energiemanagement als Daueraufgabe und essenziellen Bestandteil eines umfassenden Gebäudemanagements im kommunalen Alltagsgeschäft zu verankern.



IMPRESSUM

„Berichte“ – Informationen über Projekte, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und Positionen des Difü

ISSN 1439-6343, Jahrgang 28

Herausgeber

Deutsches Institut für Urbanistik
Straße des 17. Juni 112
D-10623 Berlin

Redaktion

René Kaufmann (Praktikant)
Cornelia Schmidt
Inga Schwarzbach (Praktikantin)
Sybille Wenke-Thiem (v.i.S.d.P.)

Layout + DTP

Bernd Chill
Elke Postler

Buchbestellungen bitte nur schriftlich an:

Telefax: 0 30/3 90 01-275
E-Mail: verlag@difu.de
Telefon: 0 30/3 90 01-256/-253

Redaktionskontakt und Berichterverteler

Difu-Pressestelle
Telefon: 0 30/3 90 01-208
Telefax: 0 30/3 90 01-130
E-Mail: pressestelle@difu.de
E-Mail-Newsletter-Abo:
www.difu.de/difu-news
Internet: www.difu.de

Erscheinungsweise

vierteljährlich

Druck

Druckerei Wilhelm Schwarz KG

Abdruck

Frei – Belegexemplar(e) erbeten

Die Berichte werden auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Vorbeugen besser als heilen

Preisträger des Wettbewerbs „Kommunale Suchtprävention“ wurden in Berlin ausgezeichnet

Bundesgesundheitsministerin, Ulla Schmidt, die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Marion Caspers-Merk, die Direktorin der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Dr. Elisabeth Pott sowie der Vertreter der Spitzenverbände der gesetzlichen Krankenkassen, Rolf Stuppardt, beglückwünschten die Preisträger.



Das Engagement von 13 Städten, Landkreisen und Gemeinden hat sich gelohnt: Sie wurden im Rahmen des Wettbewerbs „Vorbildliche Strategien kommunaler Suchtprävention“ dafür ausgezeichnet, dass sie vorbildliche vorbeugende Maßnahmen im Bereich der Suchtprävention umsetzen.

Der Wettbewerb wurde auf Initiative der Drogenbeauftragten der Bundesregie-



Eine Jury unter dem Vorsitz der ehemaligen Berliner Senatorin Ingrid Stahmer, fachlich unterstützt und beraten durch das Deutsche Institut für Urbanistik, ermittelte die Preisträger. Die feierliche Preisübergabe fand am 24. Juni 2002 im Kaisersaal der Parlamentarischen Gesellschaft in Berlin statt.

Folgende Gemeinden wurden prämiert:

Städte über 100 000 Einwohner

- Darmstadt
- Freie und Hansestadt Hamburg
- Leipzig
- Nürnberg

rung, Marion Caspers-Merk, von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) ausgeschrieben und fachlich vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) betreut. Mehr als 220 Beiträge wurden bei dem auch von den Kommunalen Spitzenverbänden unterstützten Wettbewerb eingereicht.

Städte und Gemeinden unter 100 000 Einwohner:

- Stadt Dessau
- Stadt Ingelheim am Rhein
- Gemeinde Wallerfangen

Landkreise:

- Barnim
- Coesfeld
- Emmendingen
- Esslingen

träge, die in der engeren Wahl waren, werden in dem Band in kurzer Form beschrieben. Parallel dazu wurde eine Ausstellung über die ausgezeichneten Projekte präsentiert, die interessierten Kommunen zur Ausleihe zur Verfügung gestellt wird.



Ziel des Wettbewerbs ist es, die kommunalen Aktivitäten auf dem Gebiet der Suchtprävention bekannt und für den interkommunalen Erfahrungsaustausch nutzbar zu machen. Darüber hinaus sollen diejenigen Städte, Landkreise und Gemeinden Anerkennung finden, die innovative und wirksame Strategien mit Vorbildfunktion umsetzen.

Weitere Informationen zum Wettbewerb, den Preisträgern und allen Teilnehmern finden Sie im Internet:

<http://www.kommunale-suchtpraevention.de>

Sonderpreis der Spitzenverbände der gesetzlichen Krankenkassen:

- Landkreis Karlsruhe
- Freie und Hansestadt Bremen

Die Urkunden wurden durch die Bundesgesundheitsministerin, Ulla Schmidt, die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Marion Caspers-Merk, und die Direktorin der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Dr. Elisabeth Pott sowie dem Vertreter der Spitzenverbände der gesetzlichen Krankenkassen, Rolf Stuppert, übergeben. 55 000 Euro wurden durch die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, 5 000 Euro von den Krankenkassen zur Verfügung gestellt. Außerdem erhielten die Preisträger eine Buchdokumentation, die ausführlich über die prämierten Beiträge informiert. Auch die Bei-



Weitere Informationen:

Dr.-Ing. Michael Bretschneider
Telefon: 030/39001-281
E-Mail: bretschneider@difu.de

Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik

- __Expl. **Stadtbaukultur – Modelle, Workshops, Wettbewerbe**
Verfahren der Verständigung über die Gestaltung der Stadt
Von Heidede Becker
2002. Bd. 88, 874 S., 566 Abb., 3 Tab., 7 Übers.,
in 2 Teilbänden, Euro 49,-, ISBN 3-17-013216-4

! (Bezug nur über den Verlag W. Kohlhammer,
Tel.: 0711/7863-280, Telefax: 0711/7863-430; Bezug aller
anderen „Schriften“-Bände nur über das Difu)

Difu-Beiträge zur Stadtforschung

- __Expl. **Liberalisierung und Privatisierung kommunaler Aufgabenerfüllung**
Soziale und umweltpolitische Perspektiven im Zeichen des Wettbewerbs
2002. Bd. 37. 260 S., 5 Abb., 7 Tab., 6 Übers.,
Euro 28,-, ISBN 3-88118-333-7
- __Expl. **Alles zu jeder Zeit?**
Die Städte auf dem Weg zur kontinuierlichen Aktivität
Von Matthias Eberling und Dietrich Henckel
2002. Bd. 36. 400 S., 28 Abb., 14 Tab., 14 Übers.,
13 Karten, Euro 36,-, ISBN 3-88118-326-4
- __Expl. **Der kommunale Investitionsbedarf in Deutschland**
Eine Schätzung für die Jahre 2000 bis 2009
Von Michael Reidenbach u.a.
2002. Bd. 35. 384 S., Euro 35,-, ISBN 3-88118-318-3
- __Expl. **Interkommunale Kooperation im Städtebau**
Von Arno Bunzel, Frank Reitzig und Robert Sander
2002. Bd. 34. 344 S., 21 Regelungsbeispiele, 28 Abb.,
12 Übers., Euro 29,-, ISBN 3-88118-317-5

Materialien

- __Expl. **Stadt auf Draht**
E-Shopping und Stadtentwicklung
3. Werkstattbericht „E-Shopping und Kommunen“
Hrsg. von Luise Adrian
Bd. 7/2002. 274 S., Schutzgebühr Euro 26,-
ISBN 3-88118-328-0
- __Expl. **Gartenschauen – Motor für Landschaft, Städtebau und Wirtschaft**
Hrsg. von Luise Preisler-Holl
Bd. 6/2002. 210 S., Schutzgebühr Euro 23,-
ISBN 3-88118-327-2
- __Expl. **„Neue Medien“ und Stadtentwicklung – Expertenbeiträge**
Hrsg. von Holger Floeting
Bd. 5/2002. 144 S., Schutzgebühr Euro 18,-
ISBN 3-88118-329-9

- __Expl. **„Neue Medien“ und Stadtentwicklung – Virtualisierung und Entstehung neuer Raummuster in der Stadt**
Von Holger Floeting und Britta Oertel
Bd. 4/2002. 168 S., Schutzgebühr Euro 20,-
ISBN 3-88118-330-2

- __Expl. **Kommunale Entwicklungspartnerschaften**
Kooperationsbeziehungen zwischen deutschen Städten und Kommunen in anderen Ländern
Von Werner Heinz und Nicole Langel
Bd. 3/2002. 204 S., Schutzgebühr Euro 20,50
ISBN 3-88118-324-8

Umweltberatung für Kommunen

- __Expl. **Energiemanagement in der Praxis**
Dokumentation des 7. Deutschen Fachkongresses der kommunalen Energiebeauftragten
Hrsg. von Annett Fischer
2002. 146 S., Schutzgebühr Euro 15,-
ISBN 3-88118-331-0

Aktuelle Information

- __Expl. **Kommunale Entwicklungspartnerschaften**
Von Werner Heinz und Nicole Langel
2002. 16 S., 2 Abb., 3 Tab., 1 Übers.,
Schutzgebühr Euro 5,-

Sonderveröffentlichungen

- __Expl. **Erfolgsfaktoren – Was bei der Gestaltung virtueller Rathäuser zu beachten ist**
Hrsg. vom Deutschen Institut für Urbanistik im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie
2002. 60 S., Euro 7,50 (Bezug nur über das Difu)
ISBN 3-88118-332-9
- __Expl. **Lokale Agenda 21 und Naturschutz**
Praxisleitfaden
Hrsg. von Bundesamt für Naturschutz/
Deutsches Institut für Urbanistik.
2002. 288 S., 85 farbige Abb., 13 Übers., Euro 22,50
ISBN 3-88118-316-7

Zeitschriften

- __Expl. **Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften**
Halbjahresschrift, Heft II/2001: „Stadt und Region“
142 S., Einzelpreis Euro 20,-, Jahresabo (2 Hefte)
Euro 35,-, ISSN 1617-8203
- __Expl. **Informationen zur modernen Stadtgeschichte**
Heft 1/2002: „Stadt und Medien“
Ca. 150 S., Einzelpreis Euro 10,-
Jahresabo (2 Hefte) Euro 16,-, ISSN 0340-1774

Bitte senden Sie mir ein Verzeichnis aller lieferbaren Difu-Publikationen zu (kostenfrei).

Vorname und Name: _____

Dienststelle/Institution: _____

Adresse: _____

Telefon/Telefax/E-Mail: _____

Datum/Unterschrift/Stempel: _____